

5. Krisenwahrnehmung und Demokratievorstellungen

Die Krisenwahrnehmung von Protestierenden in den Blick zu nehmen ist für die Frage nach Motiven und Begründungen von Bürgerprotesten zentral und die entsprechenden Gesprächspassagen zählen sicherlich zu den fesselnden Abschnitten der Interviews. Denn das Empfinden einer krisenhaften Entwicklung kann – auch nach den bisher gemachten Beobachtungen zu den Protestierenden – vorausgesetzt werden, damit jemand gegen etwas oder für etwas Besseres aktiv wird. Hier wird der Kern des Daseins als Protestorganisator berührt, das Zentrum der jeweils geteilten *Belief Systems* in den Fokus gerückt. Die im ersten Kapitel entwickelten Anleihen bei der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse erweisen sich dabei als besonders fruchtbar, geht es doch nicht biographisch-strukturell und für die einzelnen Teilnehmer um einen individuellen Keim des Protestierens, sondern um eine möglicherweise geteilte Gemeinsamkeit einer Gesellschafts- und Zeitdiagnose, um den schon bemühten „widely shared common sense“¹. Eine Krise kann dabei vieles, kann ökonomisch, politisch, gesellschaftlich, ökologisch oder noch anders grundiert sein – aber gibt es unter protestierenden Bürgern einen Konsens über ihre Existenz, ihren Charakter, ihren Ursprung?

Interessant sind schon die Beobachtungen zum Stellenwert, zu Tonfall und Körperhaltung in den Gesprächsrunden oder der einzelnen Interviewteilnehmer, wenn die Sprache auf ihre Wahrnehmung einer möglichen Krise in Politik und Gesellschaft kommt. Oft werden in den Fokusgruppen die Diskussionen geradezu hektisch, von Empörung getragen, der Ton lauter und rauer. Zwischentöne jedenfalls rücken in den Hintergrund, Graustufen und vorsichtige Einschränkungen kommen deutlich weniger zu Gehör. Es scheint bisweilen fast so, als ob die Krisenwahrnehmung eine Art Währung für die Legitimität des Protests sein kann: je mehr Empörung, umso berechtigter das Protestieren. Denn in einem

1 Mouffe: The return of the political, S. 53.

sind sich die Gruppen einig, in sich und über alle Protestbündnisse hinweg: Wir durchleben als Gesellschaft eine Krise, welche als national, europäisch und global wahrgenommen und beschrieben wird. Diese Krisenwahrnehmung ist für die Protestierenden der abstrakte Hintergrund ihres Engagements, der sich dann bis zum ganz konkreten Anlass ihres Protests zuspitzt. Hier führt für sie vieles zusammen: Was schief läuft in unserer Gesellschaft, welche vermeintlichen besseren, anderen Verfahrenswege ignoriert werden, dass und warum sie als Gruppe nicht ernst genug genommen werden. Kurz: Was die Phänomene sind, die gemeinsam mit dem bereits beschriebenen biographischen Gepäck der Aktivist:innen ihre Motivation zum Widerspruch entstehen lassen. Insofern ist die diskursanalytische Frage nach Sinnstrukturen und *Belief Systems* der Protestierenden sowie was diese für derzeitige und möglicherweise zukünftige Demokratienormen innerhalb unserer Gesellschaft implizieren, für die Einordnung der Proteste von großer Bedeutung. Und nicht zuletzt bilden diese Krisenperspektiven gemeinsam mit den biographischen Hintergründen der Einzelnen das Entwicklungsfundament für die Alternativideen und Hoffnungen, welche die Aktiven entwickeln.

Literarische Krisenbilder

Das vage Gefühl einer Krise, welche die deutsche, die europäischen oder insgesamt die westlichen Gesellschaften derzeit durchlaufen, findet sich auch wiederum gespiegelt in der zeitgenössischen Literatur. Nicht erst seit John Steinbecks „Früchte(n) des Zorns“² über die amerikanische Gesellschaft in der großen Depression der 1930er findet man in literarischen Zeugnissen besonders eindrucksvoll erspürte Zeitbilder von Gesellschaften in der Krise. Die Gesellschaft erschütternde und transformierende Entwicklungen, welche ein Kaleidoskop an Verlustängsten oder ganz realen sozialen und ökonomischen Bedrohungen vor sich her und mit sich tragen, lassen literarische Verarbeitungen in ganz besonders einprägsamen Farben entstehen.

Romane und Literatur per se sind aus der Perspektive einer literarischen Diskurstheorie nicht einfach nur autonome, solitär stehende Aussagen eines Autors und dessen individueller psychischer oder emotionaler Befindlichkeit, sondern werden als „>Knotenpunkte< im Netz verschiedener Diskurse (*Hervorhebung im Original, Anm. F.B.*)“ betrachtet.³ Die Weiterentwicklung des *New Historicism* hat dies in der Folge noch stärker unterstrichen und regt an, Literatur als „kon-

2 Steinbeck, John: Früchte des Zorns, Düsseldorf 1996.

3 Köppe, Tilmann / Simone Winko: Neuere Literaturtheorien. Eine Einführung, Stuttgart / Weimar 2013, S. 102.

tingentes Resultat historischer, sozialer und psychischer Faktoren“⁴ zu interpretieren. Gesellschaftliche Bewegungen, Entwicklungen und Verschiebungen fänden sich in der Produktion literarischer Texte wieder und werden in Wechselwirkung von diesen beeinflusst. Folglich ist dann Literatur eben auch *eine* Ausprägung zeitgenössischer Diskurse und Empfindsamkeiten und bietet die Möglichkeit, Eindrücke über als relevant erachtete Sinngehalte zu sammeln. Ganz ähnlich unterstreicht dies Ernst-Wilhelm Händler in einem Votum für eine literarisch verfasste Kulturtheorie. Romane sind für Händler als Quelle für eine Untersuchung gesellschaftlicher Entwicklungen auch deshalb so reich, weil sie sich auf das nicht laut ausgesprochene Innenleben der Protagonisten konzentrieren und es gleichzeitig mit dem Äußeren, Manifesten und Beobachtbaren in Beziehung setzen könnten.⁵ Für die Analyse von Bürgerprotesten und den Krisenwahrnehmungen ihrer Protagonisten könnten literarische Texte auf zweierlei Arten und Weisen hilfreich und Erkenntnis versprechend sein: Zum einen wenn sie eine allgemeine Wahrnehmung einer gesellschaftlichen oder politischen Krise unterstreichen – und man damit Bürgerprotestler und ihre Interpretation einer Wirklichkeit auch als partielle Aussage über die Entwicklung einer ganzen Gesellschaft oder Kultur verknüpfen kann. Und zum anderen, *en detail*, wenn in den literarischen Verarbeitungen dieser Krisenbilder auf Deutungsfüllungen hingewiesen wird, wie eine Krise verstanden wird, was Symptom, was Ursache und wer Schuldiger sein mag. Es bleibt an dieser Stelle zu unterstreichen, dass auch die bemühten theoretischen Gerüste aus der Literaturwissenschaft nicht in erster Linie Handhabungen sind, um einzelne Texte auf ihren Bedeutungszusammenhang abzuklopfen, sondern stets Gruppen von literarischen Produktionen in ihren Entstehungszusammenhang zu setzen. In diese Arbeit übertragen: Gibt es möglicherweise eine Häufung von Romanliteratur, welche sich mit einer empfundenen Krise beschäftigt? Wie wird diese aufgegriffen? Welches sind Themen und Bilder, die hier herangezogen werden?

Zunächst einmal greift eine ganze Reihe zeitgenössischer Romane ein solches nebulös empfundenes Bedrohungsgefühl auf – in ganz unterschiedlicher Intensität und Konkretisierung: Von besonders krass gezeichneten, geradezu apokalyptischen Gesellschaftspanoramen wie in Jochen Schimmangs „Neue Mitte“⁶

4 Ebenda, S. 224; vgl. auch grundlegend Kaes, Anton: New Historicism: Literaturgeschichte im Zeichen der Postmoderne?, in: Baßler, Moritz (Hrsg.): New Historicism. Literaturgeschichte als Poetik der Kultur, Tübingen 2001, S. 251 – 267, hier S. 256.

5 Vgl. Händler, Ernst-Wilhelm: Versuch über den Roman als Erkenntnisinstrument, Frankfurt a.M. 2014, S. 7.

6 Schimmang, Jochen: Neue Mitte, Hamburg 2011.

und Cordula Simons „Ostrov Mogila“⁷ mit ihren düsteren Zerfallsszenarien, über Davide Longos „Der aufrechte Mann“⁸ bis hin zu leiseren, introvertierten und stärker auf das Innere verlegten Krisenbetrachtungen, etwa in Uwe Timms „Vogelweide“⁹ und dem bereits erwähnten „Schwarzen Berg“ von Anna Katharina Hahn¹⁰.

Besonders auch die Wirtschaftskrise seit 2008 hat dazu geführt, dass die Suche nach der menschlichen Charakterentsprechung des Finanzsystems auch auf dem Feld der Literatur verfolgt worden ist. Petros Markaris' „Faule Kredite“¹¹ malt ein Panorama der griechischen Gesellschaft in der Krise. Rafael Chirbes geht den Auswirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Spanien nach und schildert eindrucksvoll fatalistisch und depressiv den schier hoffnungslosen Lebensabend eines Bankrott gegangenen Schreiners jenseits der 70.¹² Und John Lanchester wiederum porträtiert in seinem Roman „Kapital“¹³ eine wohlhabende Straße Londons und ihre Bewohner während des Ausbruchs der jüngsten Wirtschaftskrise, die mit dem Zerbröckeln ihrer Zukunftserwartungen schwer zu kämpfen haben.

Neben diesen literarischen Länder- und Kulturschauen westlicher Krisenphänomene gibt es darüber hinaus noch diejenigen Bücher, welche ganz gezielt dem Geist des Finanzkapitalismus nachgehen und die anthropologische Voraussetzung von Börsenlogik und Fondsgesetzen frei zu schälen suchen, der „Tätergesinnung“ auf die Spur kommen möchten. Es sind Bücher voller zynischer, hochintelligenter Hauptfiguren, die sich geschickt eigene Gewinnsysteme gezimmert haben, um achselzuckend und selbstgerecht schwindelerregende Reichtümer – nicht selten auf Kosten anderer – anzuhäufen.¹⁴

Gemeinsam haben alle diese Bücher eine Bestätigung, dass vieles schief gelaufen ist und Fundamente gesellschaftlichen Zusammenlebens erodiert sind, oftmals bewusst zerstört wurden – einen vermeintlich illusionslosen, unverstellten Blick auf brutale Realitäten. Und auch wenn jedem einzelnen Beispiel ohne große Mühe ein Roman heiterer, sonniger Gemüts- und Gesellschaftsbilder ent-

7 Simon, Cordula: Ostrov Mogila, Wien 2013.

8 Longo, Davide: Der aufrechte Mann, Reinbek bei Hamburg 2012.

9 Timm, Uwe: Vogelweide, Köln 2013.

10 Hahn, Anna Katharina: Am schwarzen Berg, Berlin 2012.

11 Markaris, Petros: Faule Kredite, Zürich 2011.

12 Chirbes, Rafael: Am Ufer, München 2014.

13 Lanchester, John: Kapital, Stuttgart 2012

14 Zu denken wäre hier an Goetz, Rainald: Johann Holtrop. Abriss der Gesellschaft, Berlin 2012; Harris, Robert: Angst, München 2011; Magnusson, Kristof: Das war ich nicht, München 2010; Reh, Sascha: Gibraltar, Frankfurt a.M. 2013.

gegen gehalten werden kann, so bilden sie doch *eine* Grundströmung der Wahrnehmung (auch protestieren ja nicht *alle* Menschen einer Gesellschaft, sondern nur einige). Eine, die von Enttäuschungen und Anstrengungen erzählt, von der „ökonomischen Kolonialisierung aller Werte und Ideale“¹⁵, von Rückzug und Hoffnungslosigkeit. Aber ebenso von Aufbruch und der Suche nach Alternativen.

Von den Protestierenden in den Interviews, beobachteten Treffen und Veranstaltungen wird die Krise zunächst einmal als Ausdruck eines Zeitgeistes empfunden, der immer mehr Lebensbereiche Entscheidungslogiken unterordnet, welche als bevormundend und ihrem Leben fremd wahrgenommen werden. Ein Widerspruch zwischen Interessen der „Bürger“, zu denen sie sich selbst zählen und einem Komplex aus Wirtschaft und Politik sei über die vergangenen Jahre immer größer und bedrückender geworden. Besonders wirtschaftliche, profitorientierte Entscheidungskriterien sind es, die den Protestierenden als alles andere dominierende Faktoren ein Dorn im Auge sind – alles sei mittlerweile zu einem Wettbewerbsfaktor geworden und alles habe sich einem Konkurrenz- und Wettbewerbsgedanken unterzuordnen. Dies wird in den Gesprächen als Zuspitzung eines neoliberalen Zeitgeistes interpretiert, der den Aktiven Unbehagen bereitet, und der sich – vor allem – politische Entscheidungsstrukturen Untertan gemacht habe.

Eine weitere Facette dieses Krisengefühls ist die Diagnose einer Freiheitsbeschränkung, die in immer mehr privaten und gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten sei. Besonders die Freiheit, über bestimmte, unbequeme Sachverhalte öffentlich zu diskutieren, empfinden die Gesprächspartner als derzeit begrenzt. Viele Themen, so wird in den Gesprächen mit bebender Stimme beklagt, seien mit Tabus belegt, wenn diese entweder nicht einer moralischen *political correctness* entsprächen, oder wenn es um die unverhältnismäßigen sozialen, gesellschaftlichen oder ökonomischen Kosten eben jenen Gewinnstrebens gehe, welches mittlerweile Wirtschaft und Politik durchziehe.

„Also, ich sehe bei uns, [...] dass also nur bestimmte Sachen, gesagt werden dürfen – welche sind strafbewehrt und welche können einen den Job kosten, also, wenn man bestimmte

15 Dieser für einige literarische Verarbeitungen des Themas treffende Ausdruck findet sich in der Rezension des Romans von Rafael Chirbes – man verzeihe mir den Titel: Stephan, Felix: Mutter stört beim Onanieren, Zeit Online, 14.02.2014, online abrufbar unter: <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2014-02/rafael-chirbes-roman-am-ufer> [zuletzt eingesehen am 09.09.2014].

Meinungen hat, also hier bei uns in Deutschland [...], da haben wir das größten Demokratiemanko.“¹⁶

Die Doppelrolle ökonomischer Effizienz – Segen und Bedrohung

Gerade ökonomisches Denken nimmt in der Krisenwahrnehmung der Protestierenden allerdings eine Doppelrolle ein: Es gilt den Protestierenden als wünschenswertes Ziel und Bedrohung zugleich. Einerseits steht die Bedeutung ökonomischer Effizienz für eine Verengung von Entscheidungskriterien auf Profitmaximierung – ein Kritikmoment, welches in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise Auftrieb erhalten hat und in den Interviews auch bei Protestierenden sichtbar ist, welche sich explizit und deutlich von traditioneller Kapitalismuskritik abgrenzen.

„Vieles, was bei Marx und Engels steht, sagen ja heute selbst eingefleischte äh Kapitalisten sage ich mal, dass das im Prinzip alles stimmt, was die geschrieben haben.“¹⁷

„Der alte Marx hat nun in vielen Sachen Recht gehabt. Die heute halt nur modernisiert betrachtet werden müssen.“¹⁸

Das politische Spektrum der Gesprächspartner aus den Protestgruppen variiert, doch die Begrifflichkeiten und (vulgär-)marxistisches Vokabular sind verbreitet, wenn es um eine Diagnose und Reflexion zeitgenössischer Beziehungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft geht und um die hieraus resultierende Krise. Dies mündet am Ende auch in das beinahe schon klassische Resümee: „Ist eine Systemfrage, klar.“¹⁹

Denn was die Protestierenden an ökonomischem Profitstreben kritisieren, ist nicht die Existenz an sich, sondern die Hierarchie an Normen, nach welcher in unserer Gesellschaft Entscheidungen getroffen werden. Dass auch die Politik und Parteien eine ökonomische Logik vertreten und dass ihr eigenes, persönliches Leben sich dieser unterzuordnen habe. Nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 trifft die darüber gewachsene Salonfähigkeit einer marxistischen Kritik am Kapitalismus – ohne ernsthafte oder tiefgreifende theoretische Reflexion – auf ein gewachsenes Selbstbewusstsein prosperierender Regionen und professionell erfahrener, gebildeter Menschen. Punkte, an denen dies sicht-

16 Marius G1 in der Fokusgruppe G1 in Hannover am 15.03.2012.

17 Einzelinterview Konrad C3.

18 Ulrike E1 in der Fokusgruppe E1 Hamburg am 20.03.2012.

19 Einzelinterview Lothar C2.

bar wird, sind etwa die Beschwerden über ökonomisch effiziente, aber die Lebensqualität einschränkende Entscheidungen oder Vorhaben, die Spekulation mit Immobilien und enormen Anstiege der Mieten und Häuserpreise in den Wachstumsregionen Deutschlands, der ausgerufenen Wettbewerb auch unter Städten, Bildungssystemen, Steuersätzen.

„Das ist einfach die historische Schiene, die [...] Entwicklungen mit der ganzen Symptomatik wie Finanzkrise, wie die Entscheidungsprozesse zu Stuttgart 21 und so weiter. Das ist dieses Primat des Kapitals. Die Durchdringung der gesamten Gesellschaft durch die Prämissen. [...] Wir haben ne Gesellschaft, die neoliberalistisch in ganz vielen Bereichen geprägt ist. Also nicht nur in dem Finanzbereich sondern in ganz, ganz vielen kleinen elementaren Teilen dieser Gesellschaft.“²⁰

Auf der anderen Seite ist allerdings ebenso Ausdruck der Krisenwahrnehmung, dass in anderen Bereichen zu *wenig* Wettbewerb herrsche. Gerade die Kritik an den Verflechtungen von Politik und Wirtschaft aus Sicht der Protestierenden konzentriert sich auf ein vermeintlich gezieltes Ausschalten von Wettbewerbselementen durch die Maximierung des jeweiligen Profits. Dass sich ergo gerade Politik und Wirtschaft nicht an dem von ihnen selbst postulierten Wettbewerb beteiligten oder Niederlagen kaum jemals akzeptierten.

„Also ich kenne keine Partei, die sich jemals hingestellt hat, und die gesagt hat, was haben wir falsch gemacht, was müssen wir besser machen, ganz im Gegenteil, jede Partei hat jeden Wahlkampf gewonnen...“²¹

Es ist also nicht ein übersteigerter Leistungsgedanke per se, den die Protestierenden in den Interviews als Krisenursache erkennen, sondern seine Instrumentalisierung und Aushöhlung. Auf der einen Seite ist ein Lamento über die Ökonomisierung des Lebens herauszuhören – auf der anderen Seite wird eine konsequente Anwendung von Wettbewerb und Leistung eingefordert und Wirtschaftsanalogien sind mit beiden widersprüchlichen Konnotationen häufig zu hören. Dies ist auch insofern anknüpfungsfähig an die im Kapitel zu Biographie und Prägung der Protestierenden unterstrichenen Beobachtungen, als dass die Protestierenden von ihren eigenen Fähigkeiten und Leistungspotenzialen im Rahmen der Gesellschaft überzeugt sind. Es handelt sich nicht um ein Klagelied einer Gruppe, die zu den ökonomisch und sozial ausgeschlossenen einer Gesellschaft gehört. Deutlich wird aber die Angst und die Empörung darüber, dass möglich-

20 Pepe C2 in der Fokusgruppe Stuttgart C2.2 am 20.03.2012, 20 Uhr.

21 Paul G1 in der Fokusgruppe Hannover G1 am 15.03.2012.

erweise andere diese Leistungskriterien umgehen und sich Aufstieg, Einfluss und Entscheidungsraum gegen die offen postulierten Leistungsprinzipien aneignen.

Die Beschwerden über einen allzu „neoliberalen“ Zeitgeist allerdings, der viele Lebensräume und -zusammenhänge untergrabe, zeigen auf der anderen Seite, dass die Protestierenden sich nach Bereichen sehnen, die sie dezidiert nicht einem Wettbewerbsgedanken unterordnen möchten. Der unmittelbare Nahbereich, das Lokale, Nachbarschaftliche werden als dieses Feld betrachtet. Dies zeigt sich in den beiden gegensätzlichen Paaren von Idealen, die in den Gesprächen immer wieder auftauchen: Selbstständigkeit und Autarkie ist die eine Paarung, welche als gesellschaftliches Ideal genannt wird – die andere nimmt Solidarität und Zusammenhalt in den Blick. Beide Wertekomplexe werden in den Gesprächen fortwährend hochgehalten, allerdings seien diese in der diagnostizierten Krise unter Druck geraten.

Das Verhältnis zwischen den beiden Paarungen kann jedoch widersprüchlich werden, etwa wenn Kritiker der Eurokrisenpolitik einerseits die Solidarität unter Nachbarn und auf der nachbarschaftlichen Ebene loben und sich nach stärkerem lokalen Zusammenhalt sehnen – die sie dann als Ausweis lokaler, selbstbewusster Eigenständigkeit verstanden wollen wissen –, und andererseits mit Bezug auf die in Not geratenen Euro-Krisenländer wie beispielsweise Griechenland einen Solidaritätsbezug der Politik dezidiert ablehnen. Lediglich Gruppen (oder Länder), die auf eigenen Beinen stehen könnten und nicht auf die Hilfe oder Almosen anderer angewiesen seien, dürften auch Ansprüche stellen und hätten Respekt verdient. Es scheint also gerade im Zusammenhang der Krisenwahrnehmung bei den Protestierenden ein Spannungsverhältnis zwischen Solidarität und Selbstständigkeit zu geben. Nur, wer selbstständig und autark ist, habe auch Anspruch auf die Solidarität der Gemeinschaft, sollte er in Not geraten.

5.1 POLITISCHE PARTEIEN ALS ZUSPITZUNG UND SYMBOL DER GESELLSCHAFTLICHEN KRISE

Symbole, welche den Interviewpartnern aus den Protestgruppen als Zeichen für eine grundsätzliche politische und gesellschaftliche Krise gelten, sind vor allem die politischen Parteien sowie das deutsche und europäische Parteiensystem. Kaum eine Metapher drückt dies so deutlich aus wie die vom „Parteienkartell“, welches sich Demokratie, Staat und Gesellschaft unrechtmäßig unterjocht habe. Dass Parteien „geputscht“ hätten gegen die Demokratie, sich ein „Monopol“ geschaffen, eine „totalitäre Demokratie“ etabliert hätten. Es fällt auf, dass es ent-

weder Begriffe aus der Ökonomie sind, die Parteien charakterisieren sollen oder aber solche, die undemokratische, autoritäre Verhaltensweisen unterstreichen. Parteien werden entweder mit einem Etikett ungehörigen Profitstrebens versehen – oder aber als undemokratische Machterhalt-Organisationen gebrandmarkt. Dies resümieren die Gesprächspartner für das deutsche Parteiensystem auf Länder- und Bundesebene genauso wie für die Europäische Union – lediglich für die Lokalparteien und für die Kommunalpolitik werden hier bisweilen Ausnahmen gemacht. Auch wird kaum eine Unterscheidung gemacht zwischen „Volksparteien“ als großen Sammlungsorganisationen und kleineren Parteien.

Parteien seien heutzutage kein Ausdruck einer lebhaften Demokratie mehr, bei der von der Basis aus Ideen entwickelt werden, und welche einen demokratischen Entscheidungsfindungsprozess tragen könnten, sondern zu nepotistischen Organisationen verkommen, deren einziges Ziel das gegenseitige Protegieren und die Vetternwirtschaft sei.

Natan C3 beispielsweise sieht gar Parallelen zu China:

„[...] das steht für die Verlogenheit eines Regimes, eine angebliche kommunistische, sozialistische Republik, Herrschaft des Volkes, die ganze Folklore. In Wirklichkeit ist es nur eine schmale Schicht von Parteifunktionären, die ein Land anti-demokratisch regiert. Ja, es ist also eine Diktatur einer gewissen Clique, mehr ist es nicht. Ich entdecke da auch mittlerweile gewisse Parallelen zu Deutschland.“²²

Wie überhaupt die Metapher des Realsozialismus relativ häufig bemüht wird, von biographisch ganz unterschiedlich geprägten Protestierenden. Ähnlich dem hier zitierten Fall China, wird oft und gern auf Parallelen zur DDR-Staatspartei SED hingewiesen, die man mittlerweile im deutschen Parteiensystem erkennen könne.

Im Kern sind es zwei zentrale Argumente, die Parteien gleichzeitig als Ursache und Kristallisation einer Krise kennzeichnen sollen: dass sie, erstens, durch ihr Verhalten eine politisch-gesellschaftliche Krise befeuern, und dass sie, zweitens, ihrer Aufgabe, politische Alternativen zu entwickeln, längst nicht mehr nachkommen können. Zum einen habe sich in Deutschland und Europa eine Form von Demokratie etabliert, welche den politischen Parteien eine zentrale Rolle bei der Organisation der Entscheidungsfindung innerhalb der Gesellschaften zuweise. Dies habe aber auf der Annahme beruht, dass Parteien große, wenn nicht alle Teile einer Gesellschaft erreichen und einbinden könnten. Heutzutage seien Parteien aber eben nicht mehr die Vertreter gesellschaftlicher Mehrheiten –

22 Natan C3 in der Fokusgruppe Freising C3 am 25.07.2012.

nicht, was die Wählerstimmen anbelangt, und schon gar nicht bei den Mitgliedern.

„[...] die Parteien sagen ja immer, sie vertreten das Volk. Wenn man mal so sieht, also wenn du jetzt tatsächlich prozentual hochrechnen würdest, wen sie tatsächlich vertreten, dann ist es höchstens noch ein, wenn die CDU äh und FDP zusammen 48 Prozent haben, sind das in Wahrheit ja nur ungefähr 25 Prozent oder so, weil die größte Gruppe sind ja mittlerweile die Nicht-Wähler.“²³

Trotz dieser augenscheinlich zusammen geschmolzenen Fähigkeit, große Teile der Gesellschaft am politischen Prozess zu beteiligen, wird ihnen in den Gesprächen ein damit kontrastierendes Verhalten unterstellt, sich immer mehr Einflussbereiche in der politischen Entscheidungsfindung exklusiv vorzubehalten. Sie benähmen sich dabei wie „Gutsherren“, welche nach eigenem Gutdünken und ohne für eigenes Handeln Verantwortung tragen zu müssen, den eigenen Vorteil und Profit suchen und verfolgen würden. In diesen Mechanismen würden sich die Parteien untereinander gar nicht mehr unterscheiden: Die Binnenlogik einer Partei als Patronage-Organisation für die eigenen Parteieliten und Funktionsträger habe oftmals alle anderen Logiken abgelöst. Parteien gelten den Protestierenden auf der einen Seite als Ursache einer gesellschaftlich-politischen und ökonomischen Krise, da sie mit ihren Entscheidungslogiken eine Politik realisierten, die für viele Menschen zu einer schlechteren Lebensqualität führe. Und auf der anderen Seite lasse sich besonders an Parteien erkennen, dass die Demokratie in die Krise gerate – sie also Verkörperungen und Symbole dieser geworden seien. An dieser Stelle betonen einige der Interviewpartner selbst gemachte Erfahrungen – oder die naher Bekannter – mit Parteiorganisationen, die ihnen den Eindruck verschafft hätten, die Mitglieder an der Parteibasis seien hilf- und machtlos gegenüber den jeweiligen Parteieliten.

„...das fängt schon bei den Nominierung der Politiker an. Ich bin seit 40 Jahren in Wahlausschüssen, das erste Drittel ist betoniert und ein vielversprechender Nachwuchs, der läuft sich unten tot mit Plakate kleben, der hat gar keine Chance...“²⁴

Ein zweiter, damit zusammenhängender Vorwurf an Parteien ist die inhaltliche Beliebigkeit, welche fast alle zeitgenössischen Parteien auszeichne. Weil Wahlerfolg und persönliche Ämterisierung zum einzigen Ziel eingedampft seien, hätten sich Parteien als politische Organisationen entleert und würden program-

23 Einzelinterview Konrad C3.

24 Marcel C3 in der Fokusgruppe Freising C3 am 25.07.2012.

matische Positionen, Visionen und Ziele von Politik nur noch als kurzfristige Marketing-Instrumente einsetzen. Auf den Punkt gebracht wird hier der Verlust jedweder inhaltlicher Überzeugung beklagt. Beinahe jede programmatische Achse würde in einer politischen Aushandlung zur Disposition gestellt, wenn es dem eigenen Vorteil – Machterhalt oder Machtgewinn – nutze. In ihrem Resümee an dieser Stelle sprechen die Interviewpartner politischen Parteien die Fähigkeit ab, ihrer Aufgabe, politisch wählbare Alternativen und Entwicklungsideen für die Gesellschaft zu produzieren, auch nur halbwegs noch entsprechen zu können.

Darüber hinaus gelten politische Parteien den Interviewten oftmals als ein kaderartiges Organisationsprinzip, welches vollständige Gefolgschaft verlange und für sie das Gegenteil von freiem Denken und auch Sachorientierung darstelle.

„...weil ich nie in einer Partei war, weil ich sozusagen in jeder Partei immer gesehen habe, es gibt Leute, Programmpunkte, Dinge, die mir überhaupt nicht passen. Wo ich mich gar nicht mit identifizieren kann, also kann ich in keiner Partei sein, also kann ich mich mit nichts einlassen.“²⁵

In den Gesprächen wird an diesem Punkt deutlich, dass politische Parteien mit ihrem Prinzip der Integration verschiedener Gruppen und Gedanken den Protestierenden oftmals als eine für sie persönlich unzulässige Reduktion von Komplexität erscheinen. Eine Partei mit einem bindenden Programm, welches die Interessen ganz unterschiedlicher Menschen vereinen und gemeinsam vertreten soll, empfinden sie als etwas, dass ihrer Gedankenfreiheit, ihrer Betonung von Bildung und Aufklärung widerspricht.

„Also, äh, da ich habe nie was gefunden wo ich, man muss ja vielleicht nicht eine 100-prozentige Übereinstimmung haben, aber ich glaube, ich habe auch keine 75-prozentige Übereinstimmung mit irgendeiner Partei gefunden...“²⁶

Folgerichtig beargwöhnen sie rasch diejenigen Menschen, die sich in Parteien engagieren, als Profitsuchende, die lediglich das eigene Wohl und Vorankommen im Blick haben – oder aber als wenig motivierte Claqueure und Statisten, die das Streben der Parteieliten ohne Widerstand mit tragen.

25 Vera E1 in der Fokusgruppe Hamburg E1 am 20.03.2012.

26 Einzelinterview Konrad C3.

„Also es ist ja nicht so, dass du in eine Partei reingehst und sich dort die Klügsten oder so durchsetzen oder irgendwie, [...] die mit den Idealen und die irgendwie, die ein ideales Bild haben, sondern es ist irgendwie die Macht in den Strukturen...“²⁷

Hagen E4 spitzt dieses noch zu:

„Parteien [...] bergen die Gefahr in sich, dass dort viele Menschen ein Gefühl des Zuhause finden, die über die Position, die man dort möglicherweise einnehmen kann und den Aufstieg in irgendwelche Gremien, die einem dann gefühlte oder echte Machtbefugnisse geben, manchmal so ein bisschen das Reflektieren übersehen, warum bin ich hier eigentlich und was mache ich da und ist das wirklich der Sache wegen gut oder [...] bin ich jetzt möglicherweise nur noch für eine Position, weil ich dann in meinem Kreis oder in meinem Bezirk gewählt werde oder nicht kritisiert werde oder möglicherweise aufgestellt werde als nächster Delegierter oder Kandidat oder sonst was?“²⁸

Die Interviewpartner selbst verstehen die Ablehnung von politischen Parteien als Auszeichnung für sich selbst und den eigenen Protest, weil man sich den kritisierten Strukturen weder annähert noch bedient, sich ihren Prinzipien und ihrer Denklogik nicht unterwirft.

Gerade *Wahllisten* werden in den Gesprächen als Verkörperung der negativen Eigenschaften von Parteien und dem deutschen Parteiensystem dargestellt. Hier würden Loyalitäten eingeschworen, die nicht mehr auf das Wahlvolk, sondern lediglich auf die Parteigruppe bezogen seien. Die Tatsache, dass die Wahl von Parteien zu einem Teil über Listen und nicht über Direktkandidaten geschieht, ruft harsche Kritik hervor, weil auf diese Weise keine persönliche Verantwortlichkeit der Mandatsträger entstehen könne – und keine direkte Beziehung zu einer kleineren, regionalen oder lokalen Einheit des Wahlvolks.

Der Ton in den Gesprächen wird allerdings dann leiser und weniger angriffslustig, wenn Protestierende längere Zeit ihres Lebens selbst in oder mit Parteien gearbeitet und sich engagiert haben. Wie im Kapitel zu den Protestierenden-Biographien beschrieben, ist die Verachtung gegenüber Parteien bei denjenigen Protestlern am größten, die nach kurzer Annäherung an eine politische Partei diese Erfahrung als einzige Enttäuschung erlebt und frustriert dieser Möglichkeit politischer Arbeit den Rücken gekehrt haben, weil ihre Erwartungen hinsichtlich Offenheit, Anschluss und direkten Wirkungsmöglichkeiten nicht erfüllt worden waren. Die – allerdings wenigen – Gesprächsteilnehmer mit langjährigen und substantiellen Erfahrungen mit Parteiarbeit sind hier vorsichtiger und bemühen

27 Einzelinterview Axel G4.

28 Einzelinterview Hagen E4.

sich um Differenzierung. Meist mündet dies dann in eine Schelte der Partielite und eine Verteidigung der Basis. Es muss allerdings betont werden, dass solche Passagen gerade in den Gruppengesprächen und bei Beobachtungen von Treffen und Aktionen rar gesät sind. Allzu sehr dominiert in der Dynamik der Gruppen ein Empörungston, gegen den sich abwägende Stimmen nur schwer behaupten können. In Einzelgesprächen ist eine mehr nachdenkliche Inszenierung viel häufiger zu hören, bei der unterstrichen wird, wie schwierig die in ganz unterschiedliche Richtungen zerrenden Anforderungen an eine politische Partei heutzutage eben *auch* deren Arbeit verkomplizieren. Im Zwiegespräch, ohne die aufschaukelnde Kraft einer Gruppe, sind allerdings die persönliche Enttäuschung und Verletzung viel greifbarer, die so häufig zum gewachsenen Motivationskern der Protestierenden gehört, wenn die eigenen Anstrengungen gerade von den politischen Vertretern ignoriert, nicht honoriert oder gar höhnisch verlacht worden sind. Denn wenn die laute, krawallig geäußerte Empörungshaltung als Ansehensressource innerhalb der Gruppen rasch sichtbar wird, so ist die desillusionierte Erzählfigur des Nicht-Gehört-Werdens die Kehrseite derselben Medaille, welche in den Einzelgesprächen gleichzeitig garniert wird mit der Einschränkung der unübersichtlichen, komplizierten Zwischenposition politischer Parteien, welche wiederum auch die eigenen Bemühungen um Komplexitätserfassung unterstreichen soll.

Antisemitische Anklänge im Parteienbild der Protestierenden

Die Metaphorik und Begrifflichkeit, mit der politischen Parteien begegnet wird, ist durchaus drastisch – und geht in ihrer Schärfe über die Benutzung von Wirtschaftsmetaphern wie dem bereits angeführten „Kartell“ und autokratische Zuschreibungen hinaus. Bewusst oder unbewusst wird Bezug auf antisemitisch grundierte Bilder und Klischees genommen, wenn Parteipolitik, -logik und -rason an vielen Stellen mit „Geschacher“, „Schacher“, „Taschenspielertrick“ oder „Kungel“ bezeichnet werden. Unlauteres, hinterhältiges Taktieren und übermäßiges Gewinnstreben auf Kosten anderer sind stets Facetten antisemitischer Vorurteile gewesen.²⁹

Zur Ausgestaltung des Bürgerentscheids zur Frage des Bahnhofs in Stuttgart, Stuttgart 21, befindet Marius G1:

29 Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt a.M. 2010, S. 205.

„Ich glaube, das gehört zu diesen, diesen Taschenspielertricks, so kann man das nicht machen, das gehört nicht in unsere, in unsere Kultur rein.[...] Jetzt kam es natürlich raus, ‘Machtspielchen’, ne, Interessen von Bundesbahn und was weiß ich, wer da noch...“³⁰

Frederik C1 urteilt über Parteipolitik mit einem ähnlichen Anklang:

„Ich glaube halt, Parteipolitik ist immer ganz stark abhängig von einer Parteiräson. Das heißt und da ist halt immer ganz viel Schacherei mit drin. Volksmund würde sagen Vetterwirtschaft oder so, wo man eben nicht mehr wirklich äh Entscheidungen trifft, die nach ästhetischen oder moralischer, wie auch immer, Gesichtspunkten gefällt werden, sondern einfach nur so: Das ist gerade opportun, und wenn es opportun ist, macht man das halt. Auch wenn man es eigentlich scheiße findet.“³¹

Gleich zwei Stränge verbinden diese Metaphern mit antisemitischen Klischees. Zum einen ist ein ökonomisch argumentierender Antisemitismus seit einigen Jahrzehnten messbar salonfähiger in Deutschland und Europa, als dies etwa für eine rassistische Artikulation gilt.³² Dass Juden „geiziger“, „berechnender“ oder taktisch geschickter und den Profit über alles andere stellten – diese Ansichten erlangen durchaus breite Zustimmung, wie Umfragen immer wieder unterstreichen. Auch, dass Juden viel Einfluss auf die Wirtschaftswelt, Medien und politische Entscheidungen besäßen und auch eher als andere Menschen in der Lage und willens seien, „mit üblen Tricks“ ihre Interessen durchzusetzen.³³ Dies ist allerdings keine neuzeitliche Entwicklung, sondern ein Bild der Juden und ihrer Stellung und Rolle innerhalb der Gesellschaft, welches bis ins Mittelalter zurückreicht, als sich eine Wahrnehmungstrennung von Spekulation und Geldmacht der Juden einerseits und „ehrlicher Arbeit“ andererseits entwickelte.³⁴ Gerade mit Beginn und im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert haben diese Stereotype des „Kapitalisten“ als mit antisemitischen Klischees beladener Figur immer wieder Konjunkturen erfahren. Spätestens mit der Banken- und Finanzkrise seit 2008 hat das Bedürfnis, den Strukturen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ein Gesicht und eine Konkretisierung zu verleihen, zu einem Aufleben antisemitischer Metaphorik und Schuldzuweisungen geführt: „Personalisierung und Moralisierung von Kritik appellieren an ein Gesellschaftsverständnis, das abstrakte Strukturen nicht begreift, dafür aber konkre-

30 Marius G1 in der Fokusgruppe Hannover G1 am 15.03.2012.

31 Einzelinterview Frederik C1.

32 Vgl hierzu Salzborn: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, S. 205.

33 Vgl. ebenda, S. 218.

34 Vgl. Laqueur, Walter: Gesichter des Antisemitismus, Berlin 2008, S. 174 – 178.

te Menschen in die Verantwortung für ein System nehmen möchte, das zugleich als anonym und unfassbar verklärt wird.“³⁵ Die schwer zu fassenden Funktionsweisen des Bankenhandels, das nicht zu durchschauende Dickicht der Wirkungsmechanismen des globalisierten Finanzsystems haben den Bedarf verstärkt, einen fassbaren Schuldigen herauszustreichen. Und auch die im Zuge fortschreitender Globalisierung als immer undurchsichtiger empfundenen konkreten Verantwortlichkeiten des politischen Systems – etwa bei Kandidatenlisten von Parteien, die für viele der Gesprächspartner verschleiern, wer als Mandatsträger anschließend für welche Wahlbezirke und Wähler persönlich ansprechbar und verantwortlich ist – mögen dazu führen, dass eine Betrachtung der Strukturen vernachlässigt wird gegenüber einer Kritik der vermeintlich Verantwortlichen – und „der Verstand zugunsten des Affekts suspendiert“³⁶.

Zweitens wird in beiden obigen Zitaten deutlich, dass eine Trennung gemacht wird zwischen denjenigen, die sich um ein Gemeinwohl sorgen und denjenigen, die auf der Suche nach dem eigenen Gewinn andere übervorteilen oder sich am Gemeinwohl bedienen. Politik, Wirtschaft und Parteien gehören für Marius G1 unzweifelhaft zur letzteren Gruppe. Wenn er von den „Taschenspielertricks“ spricht, die „nicht in unsere Kultur hineingehören“, dann macht dies Parteipolitiker in seinen Augen zu etwas kulturell anderem, außerhalb der Gesellschaft stehend. Auch diese Grenzziehung zwischen der implizit damit begründeten „Eigengruppe“, welche die Definition einer solchen „unseren“ Kultur ausbuchstabieren vermag und einer kleinen, aber mächtigen und strategisch potenten Gruppe von Profiteuren verbindet diese Metaphorik mit der Geschichte des Antisemitismus.

Dies soll nicht effekthascherisch unterstellen, dass Protestgruppen von antisemitischen Affekten getragen seien oder beseelt von ähnlichem Geiste. Gleichwohl aber bieten die in den Gesprächen gefällten Urteile zu Parteien und Politikern Anknüpfungspunkte oder Argumentationslinien, die Parallelen zur Geschichte des Antisemitismus aufweisen. Das Zuweisen negativer, gar ausbeuterischer Eigenschaften hat dabei viele Facetten: die Abgrenzung einer „echten“ von einer lediglich strategischen, meist gar nur geheuchelten Gemeinwohlorientierung; die Vermutung, dass diese Profiteure eigenen Gewinn über das Wohl anderer stellten; das Fehlen unverbrüchlicher charakterlicher Fundamente, die nicht dem Streben nach Macht und Geld untergeordnet würden; das Verschleiern der eigenen Intentionen und die Abkapselung der Entscheidungssphären.

35 Salzborn, Samuel: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie, Baden-Baden 2014, S. 116.

36 Ebenda, S. 117.

Beispielhaft beschreibt Emma E2 ihre Sicht auf die Tendenzen politische Parteien, sich eine abgeschlossene Sphäre für ein ungestörtes Gewinnstreben zu schaffen:

„Wer da quer einsteigt, der wird als Störfaktor wahrgenommen. So ist mir das jedenfalls vorgekommen. Und so habe ich's auch erlebt und statt das ernst zu nehmen und eine Offenheit gegenüber und auch sich zu freuen, dass es überhaupt Leute gibt, die sich interessieren, wird man eher sozusagen wieder weggedrängt, weil man in diesem Kungelsystem keinen Platz hat. Das Kungelsystem ist über Jahre festgezurr. Wer von außen einsteigt, gehört nicht dazu...“³⁷

Nochmal: Das alles soll gerade nicht die Parole herausbrüllen, die hier betrachteten Protestgruppen seien Brut- und Sammelstätte geschichtsvergessener Antisemiten. Der Weg von den hier angeführten Zitaten bis zum Vorwurf des asozialen Verhaltens, zur Schädigung der „wirklichen“ Gemeinschaft, ist allerdings nicht mehr allzu weit. Vor allem, wenn demgegenüber der von Martin Nonhoff beschriebene gemeinsamen Wille um ein „symbolisches Äquivalent zum Allgemeinwohl“³⁸ von den Gruppen als Anspruch auf eine hegemoniale Deutungsstellung reklamiert wird.

Interessanterweise werfen einige in den Gesprächen dann Politik, Wirtschaft und Eliten vor, gegen genau dieses von ihnen reklamierte „symbolische Äquivalent zum Allgemeinwohl“ mit aller Härte vorzugehen – und selbst verfolgt, angegriffen und „ausgerottet“ zu werden. Severin C2 etwa bedient sich hier begrifflicher Anspielungen auf das Motiv der Judenverfolgung, allerdings mit den Protestierenden in der Rolle der Bedrohten:

„...es ist auch für mich hochinteressant gewesen, zu sehen, wie sich sozusagen in einem Freiraum in der Gesellschaft plötzlich ein neues Lebensgefühl entwickelt. Und für mich ist natürlich daher auch sehr schockierend, die Massivität, mir ist auch klar, warum, dass kaputt geschlagen wurde. Das Abholzen der Bäume ist nur ein Vorwand. Im Prinzip ging es darum, dieses neue Lebensgefühl, das hier neu in Stuttgart entsteht, mit Stumpf und Stil auszurotten.“³⁹

37 Einzelinterview Emma E2.

38 Nonhoff: Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 173.

39 Severin C2 in der Fokusgruppe Stuttgart C2.2 am 20.03.2012, 20 Uhr.

Kompromisse und Koalitionen als Krisenferment

Das Prinzip, über Koalitionen und Kompromisse immer wieder neu Mehrheiten für politische Vorhaben sammeln und organisieren zu müssen, ist den Interviewten als konstituierendes Moment von Parteienkoalitionen einer repräsentativen Demokratie Teil des Problems. Denn der Charakter einer Koalition als Zusammenspiel verschiedener politischer Kräfte, die einen gemeinsamen Interessenausgleich suchen und diesem dann eine politische Mehrheit verschaffen (wollen), führt für viele Gesprächspartner geradewegs ins Kontraproduktive. Dies beziehen sie sowohl auf eine Kompromisskultur der Entscheidungsfindung *innerhalb* von politischen Parteien als auch *außerhalb*, zwischen verschiedenen Parteien oder gesellschaftlichen Gruppen als Beteiligte an Regierungsverantwortung.

„Das gilt für alle Parteien, dass Parteien doch das Problem haben, dass sie durch ihre innerparteilichen Willensbildungsprozesse, die teilweise unglaublich schwerfällig sind, mit Arbeitsgruppen und Kreisvorsitzenden und ich weiß nicht alles... Also, bis dann am Ende eine Position dann gefunden ist, ist die oft weichgespült und nicht mehr sehr präzise. Ist jedenfalls eine gewisse Gefahr und [...] vor allem droht sie immer überlagert zu werden [...] von persönlichen Positions- und Machtinteressen einzelner Beteiligter. [...] Und das sind alles sachfremde Erwägungen, die eigentlich mit den inhaltlichen Prozessen nichts zu tun haben.“⁴⁰

Auch hier steht dahinter, dass nach der vermeintlich schlechteren, nicht angemessenen Räson entschieden wird; dass es bessere Entscheidungskriterien gebe. Da so gut wie allen Politiker und Parteien ein ähnliches Motiv unterstellt wird, würde darüber hinaus auch gerade an Koalitionsverhalten deutlich, wie stark Parteien ein Machterhaltungsinteresse dominieren würde:

„Aber ich kann doch nicht jetzt sagen: Das ist mein Koalitionspartner, ich muss jetzt zwangsläufig mit dem mitstimmen, sondern da muss man doch bereit sein, zu sagen: Hier kommen die besseren Argumente, das ist ein Thema, was von der [...] Opposition besser vorgetragen worden ist, da kann ich doch auch mit denen dann abstimmen. Also, das hat, finde ich, auch etwas mit Demokratie zu tun – ich soll ja die Bürger vertreten und nicht eine Partei.“⁴¹

40 Einzelinterview Hagen E4.

41 Anna G1 im Einzelinterview Anna und Conrad G1.

Ganz ähnlich kritisiert dies Rahlf G1 für die innerparteilichen Entscheidungswege:

„...und die Mechanismen in der Partei sind einfach, dass gute Ideen, die vielleicht von der Basis kommen mögen, über die Entscheidungsprozesse weichgespült werden, da wird ein Antrag geschrieben auf der Ebene eines Kreisverbandes, zack [...], dann Landesverband und dann Änderungsanträge, zack, zack, und dann Bundesparteitag, so dahinter kommt dann irgendwie so ein weichgespülter Müll dabei raus, wo man dann sagt, naja, drei Zeilen sind irgendwie, was ich meine, aber es ist alles so weichgespült, deswegen ist auch die Abgrenzung der Parteien, die [...] fällt ja immer schwieriger...“⁴²

Es gibt in den Gesprächen immer wieder auch Momente und Passagen, in denen die Protestierenden unterstreichen, wie sehr sie auch die Abläufe und Komplexitäten von Politik und Verwaltung kennen, ihre Zwänge – Entscheidung hier, Partei da, Wähler dort – nachvollziehen können und betonen, wie wenig sie im Allgemeinen mit Politikern würden tauschen wollen. Einfache Lösungen gebe es kaum mehr, denn unterkomplexe Forderungen zu stellen, gehört, wie bereits angeführt, nicht eben zum Selbstbild der Protestgruppen. Demzufolge herrscht auch ein starkes Misstrauen gegenüber all denjenigen, die vorgeben, ideale, schnelle Lösungen zu kennen.

Die Utopie und das Ideal, welches ihnen allerdings für einen demokratischen Entscheidungsweg vorschwebt, ist dennoch das der „sachgerechten Lösung“, die es zu erkennen und durchzusetzen gebe. Diese kann unterschiedlich konnotiert werden und vollkommen verschiedene Formen annehmen – der gemeinsame Nenner ist die jeweilige Fähigkeit, dem, was sich die Protestierenden als Bürgerwunsch und Ergebnis vorstellen, am Ende auch zur politischen Durchsetzung zu verhelfen. Im Kapitel zu den Biographien und Prägungen ist bereits auf die hier ebenfalls anschlussfähigen, zentralen Bezugspunkte der Bildung und Aufklärung hingewiesen worden, welche im Idealfall eine solche Lösung erkennen lassen und unmittelbar plausibel machen: gebildete Einsicht in die jedem Problem inhärente Lösung. Hier wird deutlich, dass der oben angeführte Widerspruch zwischen der geforderten Effektivität von Politik, Verwaltung und Wirtschaft einerseits und dem Unbehagen, welches ein auf die Gesellschaft übertragenes Effektivitätspostulat in den Protestierenden weckt, auch die Erwartungshaltung gegenüber denjenigen formt, die dem Buchstaben des Gesetzes nach für die Regierbarkeit mit verantwortlich sind.

Hinter diesen Gesprächspassagen zu politischen Koalitionen und Kompromissen scheint die Idee durch, dass es für die Protestierenden zwei unterschiedli-

42 Rahlf G1 in der Fokusgruppe Hannover G1 am 15.03.2012.

che Quellen politischer Legitimation gibt – eine fachliche und eine moralische. Während die fachliche Quelle der Legitimation politischer Repräsentation und ihrer Entscheidungen in der Fähigkeit liegt, „sachgerechte“ und effiziente Entscheidungen zu produzieren, speist sich die moralische aus dem Vermögen, einen abstrakten „Volkswillen“ abzubilden, für dessen Vertretung man als politischer Repräsentant gewählt sei und dem man möglichst weder widersprechen, noch ihn durch politische Kompromisse verfälschen oder verwässern dürfe. Beide Quellen entsprechen den unterschiedlichen Polen der Legitimation, mit denen eingangs Thomas Zittel zitiert worden ist, einer *Input*- und einer *Output*-Rechtfertigung demokratischer Repräsentation.⁴³ Ein politischer Kompromiss, bei dem in Abwägung verschiedener Interessen ein Mittelweg angestrebt wird, verletzt überspitzt betrachtet beide Legitimitätsprinzipien und bekommt einen strengen Geruch des Betrugs, wenn ihm gleichzeitig der Verdacht von Klientelismus und Profitmaximierung der Protagonisten anhängt.

Viele Gesprächspartner äußern sich sinngemäß – was hier Vera E1 auf den Punkt bringt: „Weil diejenigen, die hören sollten, die an der Regierung waren, nicht gehört haben.“⁴⁴

Dies mag als ein Ausdruck des im überdurchschnittlichen Bildungsstand der Protestgruppen wurzelnden Selbstbewusstseins gelesen werden, wenn erstens die Existenz einer sachgerechten Lösung für selbstverständlich genommen wird, wenn zweitens die Kenntnis selbiger mit ruhiger, erfahrungsgesättigter Gewissheit bei einem selbst und den Protestgruppen angenommen wird denn auf der Seite der offiziellen, hauptberuflichen Politik oder Verwaltung – und wenn drittens das Fehlen persönlicher Verantwortbarkeit als geradezu unerträglich empfunden wird. Alle drei Beobachtungen deuten auch deswegen auf Bildungs- und Berufserfahrung als Kraft hin, als dass Krisenempörung und Parteienkritik am lautesten bei älteren Protestierenden zu hören ist. Gerade bei diesen älteren Teilnehmern an den Gesprächen mischt sich dann eine (berufliche) Arriviertheit und ein Bewusstsein über das persönliche Erreichte mit der Tatsache, dass sie aus einem normalerweise reicheren Fundus an Berührungen mit Politik, Parteien und Politikern erzählen können.

43 Vgl. Zittel: Wie viel und welche Partizipation braucht die Demokratie?, hier S. 8.

44 Vera E1 in der Fokusgruppe Hamburg E1 am 20.03.2012.

Dynamik von Krisenempfinden – Ursprung und Ergebnis des Engagements

Der europäische Einigungsprozess und die etablierten Formen der Europäischen Union sind den Interviewten ein ganz besonderes Ärgernis. An dieser Stelle ist in den Gesprächen eine fast schon aufbrausende Wut bei vielen Teilnehmern spürbar – auch, wenn sich ihr Engagement nicht konkret auf europäische Fragestellungen bezieht, wie im Fall derjenigen, die sich gegen die Rettung des Euro oder insgesamt gegen die Gemeinschaftswährung wenden. Die EU als Fleisch gewordener Einigungsgedanke stößt die Protestierenden durch eine Überzahl an Vetospielern, den faulen Charakter politischer Kompromisse und die Vernebelung von persönlicher Verantwortlichkeit ab. Dass ein politisch und demokratisch wohlfeiles Argument – das der Einigung, des Zusammenwachsens und der Friedenssicherung – von der Europäischen Union selbst mit Füßen getreten werde und im eigentlichen Sinne nur der ökonomischen Interessen von Großkonzernen wie dem Machterhaltungsstreben der nationalen und europäischen Politik diene, gilt in den Interviews als ausgemacht. Das Gefühl, einen Wert, den sie prinzipiell unterstützen und achten, in sein Gegenteil gekehrt zu finden, macht sich in diesen Gesprächspassagen Luft.

„Und jetzt diese ganzen furchtbaren Dinge, die da ablaufen auf europäischer Ebene, das ist natürlich dann für uns ein weiterer Beweis dafür, dass ähm direkte Demokratie notwendig sein muss, um sowas zu verhindern.“⁴⁵

Und Rüdiger C1 führt seine Sichtweise auf die EU folgendermaßen aus

„Also, ich habe auf der EU-Ebene mitgekriegt, die Carolin Lukas, im Zusammenhang mit den Verhandlungen der EU Kommission im Rahmen des General Agreement on Trade and Services, da gab es spezielle Verfahren: Die war die Sprecherin der europäischen Grünen-Fraktion im Europaparlament und durfte nur unter Aufsicht eine versiegelte Box aufmachen, wo ein mehrere hundert Unterzeichnungen fassender Vertragsentwurf der EU Kommission bezüglich der Öffnung anderer Länder – Dienstleistungssektors, der sehr umfassend ist. Sie durfte keine Notizen machen, sie durfte nichts notieren und sie musste eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben, bei Zuwiderhandlung 15000 Euro Strafe. Es darf nicht sein, dass die Vertreterin im Europaparlament [...] – alle Fakten auf den Tisch, von wegen! Also, es gibt genug Beispiele.“⁴⁶

45 Einzelinterview Holger G7.

46 Rüdiger C1 in der Fokusgruppe C1.1 in Stuttgart am 20.03.2012, 17 Uhr.

Die längsten und intensivsten Passagen zum Thema EU sind in den Gesprächen mit Protestierenden zu finden, die sich in ihrer Kritik und Arbeit dezidiert mit dem Thema auseinandergesetzt und sich in der Folge eine detaillierte Einsicht in Funktionsweisen der EU erarbeitet haben. Hier dreht es sich stellenweise seitenlang um Abwegigkeiten und Schwejk- oder Schildbürgergeschichten, bis hin zur Schilderung ganz bewusster Rechtsbeugungen oder –verstöße, die man in der Brüsseler Politik und Bürokratie vermute.

„Wir kriegen momentan ein Europa, wo die meisten Menschen nicht mehr so glücklich sind, weil's überreguliert wird, immer noch mehr Richtlinien rauskommen...“⁴⁷

Denn dass die Parteien oder die offizielle Politik – auf europäischer, aber eben genauso auf nationaler oder Länderebene – ihre Machtpositionen mit Zähnen und Klauen verteidigen, davon sind die Protestierenden überzeugt und finden dies durch ihre Protestarbeit bzw. die Reaktionen darauf regelmäßig bestätigt.

Fast alle können von Erlebnissen erzählen, an denen erst gemachte Versprechen von Einfluss und Gehör sich rasch wieder zerschlugen, bei denen auf wohlklingende Verlautbarungen nichts, oder dem verständnisvollen Gespräch im Ministerium monatelange Funkstille folgte. Bei den vielen verständnisvollen und „positiven“ Gesprächen mit Ministern, Ministerpräsidenten und Staatssekretären, denen jedoch nie etwas folgte; oder bei Bürgerversammlungen und Anhörungen, bei denen ihnen schon durch die Sitzanordnung ihre Ohnmacht gegenüber den Vertretern der öffentlichen Hand oder der Wirtschaft vor Augen geführt wurde. Und Empörung empfinden sie vor allem, wenn sie das Gefühl haben, man möchte sie mit ihrer Argumentation ein wenig für dumm verkaufen oder als starrköpfig und gestrig darstellen. Sie aber haben sich tief in die Materie eingearbeitet, haben sich detailliert mit dem Wachstum der Flugbewegungen, mit der Abhängigkeit dieser vom Ölpreis, mit der parallelen Entwicklung des Schienenverkehrs, den Details von Finanz- und Währungspolitik oder der Pädagogik etc. beschäftigt. Wenn sie den Eindruck gewinnen, man speise sie zum wiederholten Male mit Argumenten ab, die sie schon längst widerlegt sehen, verlieren sie den Glauben, ernst genommen zu werden. Aus dieser Konstellation entsteht viel Kraft für den Widerspruch.

In ihrer Krisenwahrnehmung findet sich deutlich die Hypothese Ingolfür Blühdorns geteilt, nach dem sich zeitgenössische Politik durch eine Simulation von Offenheit und Responsivität versuche, Bewegungsspielraum zu erhalten –

47 Rafael G2 in der Fokusgruppe G2 in Stuttgart am 02.04.2012

um gleichzeitig ohne ernsthafte Einbeziehung möglichst effizient schalten und walten zu können.⁴⁸

Susanne E1 fasst dies als „trügerische Demokratie“ folgendermaßen zusammen:

„...ich hab das Gefühl, dass trotz Demokratie [...], dass man trotzdem an die eigentlichen Entscheidungsstellen nicht ran kommt, dass da im Endeffekt doch das gemacht wird. [...] Das ist so eine trügerische Demokratie, dass wir Bürger in dem Glauben gehalten werden, wir dürften was sagen und wir hätten was zu sagen, aber dass dann trotzdem andere Entscheidungen gefällt werden.“⁴⁹

Aus den Interviewpassagen zur Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Krise lässt sich auch erkennen, dass diese nicht nur Ursache und treibende Kraft eines Engagements im Protest ist, sondern durch die Protestarbeit wesentlich entwickelt und geformt wird. Die Krise wird entwickelt und interpretiert vor dem Hintergrund des jeweils eigenen Protest- und Engagementfeldes und ihre Analyse konzentriert sich auch auf die jeweiligen Logiken und Akteure. Politische Entscheidungen und Erlebnisse, mit denen die Protestierenden nicht einverstanden sind, werden zum Ausgangspunkt ihrer Gesellschaftsdiagnose. Für Gesprächspartner aus den Gruppen der Euro-Kritik sind die Europäische Union gemeinsam mit der deutschen und internationalen Fiskal- und Bankenpolitik und ihnen unterstellte „Verdummungsinteressen“ der Keim ihrer gefühlten Wut. Der Zusammenhang aus Politik, Planung und Wirtschaft und ihre „Großmannssucht“ gelten den Engagierten im Rahmen von Infrastrukturprojekten als Wurzel vieler Übel. Die „kapitalistische Verwertungslogik“ wiederum als Ursprung einer Krise wird von einigen Gruppen im Themenbereich der Bildungsreformen wie auch der Stadtviertelproteste zum Ausgangspunkt genommen.

Zudem wird deutlich, dass eine gesellschaftliche Krise die Protestierenden nicht als einmal gemachte Erkenntnis in ihr Engagement gedrängt hat, sondern dass vor allem ihre Erfahrungen mit Politik, Parteien, Politikern, Verwaltung, Medien und Wirtschaft im Rahmen ihrer Tätigkeit als Protestierende ihre Krisenwahrnehmung zuspitzen und vertiefen. Gerade durch Erfahrungen fühlen sie sich in ihren Urteilen bestätigt, konkretisieren und vertiefen sich ihre Monita. Denn ein Großteil der Krisenbegründung eines jeden Protestierenden speist sich nicht nur aus der ursprünglichen Leerstelle oder empfundenen Fehlentwicklung, gegen die sich das Engagement richtet. Dies zwar *auch*. Über die Zeit des Engagements aber beschäftigen sich die Protestierenden intensiv und eingehend mit

48 Vgl. Blühdorn: Simulative Demokratie.

49 Susanne E1 in der Fokusgruppe Hamburg E1 am 20.03.2012.

Politik und den von ihnen vermuteten Fehlentwicklungen, arbeiten daran, diesen argumentativ begegnen zu können und entwickeln immer ausgefeiltere Begründungen, warum etwas inakzeptabel und zu ändern sei.

Darüber hinaus spielt die Tatsache, welche Erfahrungen sie mit ihrem Engagement machen, eine große Rolle für das Krisenempfinden. Dass die gewünschten Ergebnisse nur mühselig und langfristig erarbeitet und erkämpft werden können – oder eben überhaupt nicht – und dass politische Entscheidungen für sie ganz persönlich eben nicht als offen und beeinflussbar erscheinen, trägt viel zum Aufbau einer Frustration bei. Eine Verschärfung der Krisenempörung dadurch, dass die Politik nicht „auf den Bürger“, und nicht mal „auf sie persönlich“ hört.

Auffällig ist, dass sich die einzelnen Protestgruppen in ihrem Krisenempfinden hinsichtlich Demokratie und Gesellschaft unterscheiden, und dass dieses auch eine Ableitung ihrer Erfahrungen im Engagement bildet.⁵⁰ Wenn etwa in München-Freising Staat, öffentliche Verwaltung und multinationale Konzerne (wie eben die Flughafenbetreibergesellschaft, gegen die sich der hier beobachtete Protest hauptsächlich wandte) angesichts ihrer vermeintlichen Inkompetenz mit Spott und auch mit großer Skepsis bedacht werden, herrscht hier gleichwohl in den Gesprächen und Fokusgruppen ein vergleichsweise versöhnlicher Ton vor. Die repräsentative Demokratie an sich sei etwas Gutes und auch die Polizei und ihr Verhalten könne man nach den eigenen Erfahrungen nur positiv beurteilen. Die Erfahrung, mit dem eigenen Engagement auch große und mächtige Gegner „in die Schranken“ weisen zu können, lässt sie in Relation zu anderen hier versammelten Protestgruppen milde und offen urteilen. Denn das Ergebnis eines Bürgerentscheides in München hat ihnen 2012 erst einmal Recht gegeben, ihre Arbeit zu einem mindestens zwischenzeitlichen Erfolg geführt. Bei den Stuttgarter Protestgruppen, welche sich gegen den Bahnhofsneubau engagierten, ist allerdings nach dem Verlauf des Protests, den Schlichtungsgesprächen und der Volksabstimmung zum Zeitpunkt der Interviews 2012 Ernüchterung eingekehrt, nicht selten auch eine zynische Verbitterung angesichts der eigenen Machtlosigkeit. Demokratie und Politik werden harsch und verächtlich mit Kri-

50 Dieter Rucht verweist für diesen Zusammenhang auf Ottheim Rammstedt bei der Frage nach der Verstetigung von Bewegungen – diese müssten sich stets verändern, immer wieder anpassen, um die Motivation und Kraft ihrer Mitglieder aufrechtzuerhalten. Auch dies mag hier zu beobachten sein, dass Gruppen und Protestbewegungen immer wieder vor der Herausforderung stehen, sich an den Ergebnissen ihrer Arbeit stets neu zu verorten. Vgl. Rucht, Dieter: Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen, in: Klein, Ansgar / Hans-Josef Legrand / Thomas Leif (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen: Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S. 15 – 27.

tik bedacht und angesichts der Eskalation von Demonstrationen wird auch an der Polizei als „Vollstrecker“ des Staates kein gutes Haar gelassen. Bei den Hamburger Stadtviertelprojekten wiederum, nach etlichen Jahrzehnten der Erfahrung der Protagonisten, nach harten – auch physischen – Auseinandersetzungen, hat man sich auch rhetorisch ein wenig zurückgezogen, legt mehr Wert darauf, die eigenen Werte im persönlichen Umfeld zu verwirklichen. Scharfen Konflikten versucht man bewusst aus dem Weg zu gehen, zumindest diese nicht unkontrolliert herauszufordern, auch weil die physische Gewalt gegenüber der heutigen gut ausgerüsteten Polizei und den Gesetzen der medialen Landschaft ihren Zielen eher schaden als nutzen würde.⁵¹ Auch bei den Gruppen der Eurogegner oder bei den Bildungsprotesten findet man sehr deutlich sichtbar, dass Krisenempfinden, Protesterfahrung und erzielte Protestergebnisse in einer engen Beziehung miteinander stehen. Erfolg macht zufrieden, während Misserfolg und gefühlte Ablehnung zynisch und beissend werden lässt.

Auch die Reaktionen der jeweiligen Konfliktgegner auf die Protestgruppen tragen zur Entwicklung ihres Krisenbewusstseins bei. Attacken auf die eigene Arbeit und das eigene Tun können motivieren und bestätigen, wenn sie als Zeichen dafür genommen werden (können), dass die eigenen Proteste Wirkung zeigten und die richtigen Stellen und Ansätze gewählt haben. Das Gefühl, man repräsentiere nicht eine kleine Gruppe, sondern stehe für eine Gesellschaftsidee, für eine Art ideelles Ganzes, welches der Gegenüber – sei es *die* Politik, eine Partei, ein Konzern oder eine gesellschaftlich mächtige Interessengruppe – verhindern möchte, kann Kräfte verleihen.

„Natürlich. Die Adressaten haben es bemerkt, fühlen sich auch getroffen, denn ein getroffener Hund bellt, das ist ganz klar, dass die deswegen so giftig sind, weil die gemerkt haben, man hat sie durchschaut und das äh finde ich, war denn die ganze Sache schon mal wert.“⁵²

Dass in vielen Gesprächen die eigene Protestgruppe als „Widerstandsbewegung“, „-gruppe“ oder schlicht „Widerstand“ bezeichnet wird, deutet darauf hin, dass sich viele Protestierende selbst als Kämpfer wider eine empfundene Krise bzw. deren Phänomene begreifen. Und jede Reaktion der Gegenseite, die nicht Anzeichen einer Kapitulation in sich trägt, bestätigt und verstärkt dann die Welt- und Krisenwahrnehmungen, welche sich seit Beginn des Engagements entwickelt haben.

51 Hierzu beispielhaft ausgeführt Butzlaff u.a.: „Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!“, hier S. 62.

52 Einzelinterview Fred G5.

Insofern könnte man die gemachten Erfahrungen der Protestgruppen als einen Faktor deuten, der von ersten Euphorie und Überlegenheitsgefühl über bittere Enttäuschungen bis zum kühl bilanzierenden „Management“ von Konflikten reicht und sich auch in der Beziehung der Akteure zur Demokratie niederschlägt, in der sie leben. Aus den Gesprächen eindrucksvoll zu lesen findet sich die Erfahrung des Protests als eine Einflussgröße wieder, welche die Frustration und das Empfinden einer gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Krise oftmals eher verstärkt als diese dämpft. Engagement, Widerspruch, das Sich-Einbringen führt nicht unbedingt zu größerer Empathiefähigkeit für „das System“ mit seinen Protagonisten, oftmals im Gegenteil. Je mehr sie sich hineingearbeitet haben, je mehr sich die Gesprächspartner mit Details beschäftigt haben und erfahrungsgesättigt erzählen können – umso selbstbewusster und auch abgeklärter wird Bilanz gezogen.

„Wir haben ein Demokratiedefizit. Ich sehe das einzige Korrektiv, nachdem es die Medien scheinbar nicht mehr sind, im Bürger. Und der Bürger würde es nicht als Gottes Geschenk bekommen, sondern muss sich das erkämpfen.“⁵³

Die „Anderen“ – Desinteresse als Krisenursache

Einen wichtigen Teil in der Perspektive auf eine gesellschaftliche Krise, welche die Protestierenden sichtbar werden lassen, nehmen die „Anderen“, die Nicht-Protestierenden, die „schweigende Mehrheit“ ein. Auch wenn das Bemühen spürbar ist, sich nicht allzu polternd patriarchalisch zu geben, nicht allwissend über den vermeintlich trägen und inaktiven Teil der Gesellschaft zu schimpfen, bleibt eine Frustration darüber merkbar präsent, dass viele nicht die gleiche Empörung in sich spüren wie die Interviewten selbst. Dabei ringen allerdings mehrere Seelen in der Protestbrust miteinander.

Zum einen und an vorderster Stelle eine Enttäuschung, dass ihre Protestbotschaft – ihrer Sicht nach – noch nicht große Massen an Mitstreitern hat überzeugen können, dass viele Menschen für sie nicht ansprechbar scheinen.

„Die Leute machen nicht mit! Die Leute wollen halt lieber ihr beschissenes Ipod als da mitzumachen. Und das ist die Grundbasis für alles, wie man es nennt, mit was man es vergleicht. Das ist das Problem und das kennt doch jeder in seinem Umfeld. Die Leute gehen ja nicht mal aus freundschaftlicher Verbundenheit mal zum Test mit. Sie bleiben lieber

53 Rüdiger C1 in der Fokusgruppe C1.1 in Stuttgart am 20.03.2012, 17 Uhr.

Zuhause und konsumieren in irgendeiner Weise, mit solchen Scheuklappen. Das ist mein Punkt, der mich am meisten auf die Palme bringt.“⁵⁴

Wenig später sekundiert eine weitere Teilnehmerin der Gruppe:

„Mich hat auch von Anfang an hier gestört, dass in meinem Bekanntenkreis also am Anfang, wenn man sagt, ach komm doch mal mit zur Montagsdemo: Nein, da hab ich immer Yoga. Also da kann ich nicht. Und das fällt mir also sehr stark auf, dass die Leute [...] so ne vollgetaktete Freizeitplanung haben, also manche da nicht von ablassen können. Das muss durchgezogen werden und das ist ganz wichtig und der nächste Urlaub und was weiß ich nicht alles.“⁵⁵

Deutlich wird, dass eine materielle und emotionale Sättigung oder Betäubung von großen Teilen der Gesellschaft für die Gesprächspartner Ursachen dafür sind, dass eine Wende zum fundamental Besseren noch nicht erreicht werden konnte.

„...aber das ist ja auch das Problem von dem Bürger: dem geht es einfach noch viel zu gut. Wir leben noch in einer Wohlstandsgesellschaft, wo man sagen kann, mir geht es gut, warum soll ich das noch ändern? Mir geht es gut unter der CDU, mir geht es gut unter der SPD, mir geht es auch gut unter den Grünen, warum soll ich denn zur Wahl gehen, egal wer ran kommt, mir geht es immer noch gut. [...] Er hat es einfach noch nicht realisiert, dass es irgendwann, im großen (*unverständlich, Anm. FB*) ein Leben geben kann, wo es uns dann nicht mehr gut geht...“

Dass der Problemdruck in den verschiedensten Bereichen – jeweils ausgehend vom eigenen Protestthema – von einer Mehrheit der Bevölkerung als (noch) nicht so groß und drängend wahrgenommen wird, um sich unverzüglich dagegen engagieren zu müssen, bekümmert diejenigen, welche diesen Schluss schon gezogen haben. An einigen Stellen weisen die Gesprächspartner diesen „Unbeteiligten“ dann auch keine geringe Rolle an den von ihnen diagnostizierten Missständen zu:

„(*In der Demokratie, Anm. FB*) da gibt es sehr viele Schwächen, aber das liegt daran, dass sich zu wenige Leute engagieren also. Eine Demokratie ist anspruchsvoll und funktioniert

54 Perry C2 in der Fokusgruppe Stuttgart C2.2 am 20.03.2012, 20 Uhr.

55 Nelly C2 in der Fokusgruppe Stuttgart C2.2 am 20.03.2012, 20 Uhr.

nur, wenn sich ausreichend viele, sagen wir mal, fähige Menschen engagieren und dann auch in der Politik aktiv werden.“⁵⁶

Erkennbar wird, dass ein Selbstbild existiert, in welchem der Engagierte zu einer tragenden Säule einer „guten“ Demokratie und Gesellschaft wird. Wenn im Kapitel zur Biographie und Prägung davon die Rede war, dass ein Erweckungserlebnis und eine Erkenntnis über Fehlentwicklungen und zu verteidigende Grundwerte von den Protestierenden für ihre Biographie auch als wirksam werdende Handlungsanleitung angenommen wird – dann wird aus den hier zitierten Beispielen deutlich, dass genau dies eine Scheidelinie zwischen den Aktiven und den Passiven einer Bevölkerung konstruiert. Einsicht und Aktivwerden trennt folglich die Bevölkerung in eine kleine Gruppe, welche sich um ein Gemeinwohl sorgt und dafür interessiert, Kraft, Zeit, Energie und Geld für das Wohl aller einsetzt – auch, um Übles abzuwenden; und in eine große Gruppe auf der anderen Seite, welche zwar von deren Anstrengungen profitiert, aber selbst nichts beizutragen bereit ist. Die Protestierenden werden aus dieser Perspektive also nicht nur zu einer Art Einsichtselite, die aufgeklärter auf die Welt schaut, sondern die sich auch insofern mit moralischen Weihen ausgestattet sieht, weil sie für die Nichtaufgeklärten die Arbeit am Gemeinwohl mit übernimmt. Die Kehrseite dieser Medaille ist ein fehlendes Verständnis für Menschen, die sich ihren persönlich bereits gewonnen Einsichten verweigern, oder die – fast noch schlimmer – nicht in der Lage dazu sind, ähnlich konsequent die Lehren aus ihren Überzeugungen zu ziehen.

„Was ich ganz wichtig finde, dass zum Beispiel Reden und Handeln ähnlich ist. Also, mich macht es wahnsinnig verrückt, wenn Leute über alles Schimpfen und über die Ungerechtigkeiten, weiß nicht und dann ach beim Aldi gibt es das billig und man weiß genau, also das kann nur, sagen wir aus China unter den billigsten Bedingungen, aber man könnte es sich auch leisten und man bräuchte auch nicht zehn Hosen, aber man geht dahin – also das sind Sachen, die mich einfach wahnsinnig machen, wenn Leute sprechen, oder sich über irgendetwas beschweren und dann aber anders leben oder diese Vorzüge wahrnehmen.“⁵⁷

Insofern wird die Existenz von vermeintlich tumben, trägen oder nicht für ein Gemeinwohl zu aktivierenden Menschen auch zum Ausweis, dass man selbst eben zum Gegenteil gehört: stringent, rational, den eigenen Erkenntnissen über die Kausalitäten der Welt folgend. Man wird auf diese Weise zu einem Vor-

56 Ulrike E1 in der Fokusgruppe Hamburg E1 am 20.03.2012.

57 Sybille C3 in der Fokusgruppe Freising C3 am 25.07.2012.

kämpfer für eine gute Sache, stellvertretend auch für diejenigen, die sich der gleichen Sache (noch) verweigern.

Dies wird auch deutlich daran, dass an vielen Stellen in den Gesprächen laut und deutlich und mit bebender Stimme unterstrichen wird, dass man keinesfalls zu denjenigen gehöre (und auch nicht gehören möchte), die sich für „Partikularinteressen“ engagierten. Das „Partikulare“ gehört zu den Begrifflichkeiten, die durchweg negativ konnotiert und mit einer kalten Schulter des Verrats an der Allgemeinheit geziehen werden. Und nichts macht dies so deutlich, wie die Benutzung der Wendung vom heiligen St. Florian: „*Heiliger Sankt Florian / Verschon' mein Haus / Zünd' and're an!*“ Bezug auf dieses St.-Florians-Prinzip wird an vielen Stellen genommen, stets in der Absicht, sich von dieser Art Bürgerprotesten klar abzugrenzen. Es ist der Versuch einer Delegitimation einer bestimmten Art von Protest – nämlich eines vermeintlich bourgeoisen, bürgerlichen Protests, der sich um seine Privilegien sorgt.

„Wenn man analysiert, wer protestiert denn da, da sind auch viele Leute, die im Grunde genommen ihr städtisches Milieu, so wie sie es haben und bloß kein Stau und bloß keine Belästigung durch den Bau; und ich komme aus der Bauwirtschaft und ich weiß, wie das funktioniert. Ich sage mal, der letzte, der baut, der ist wirklich der Gekniffene, weil alle anderen, die ein Jahr vorher gebaut haben, die sagen: "Aber jetzt, aber kein Krach, jetzt aber kein Dreck und kein Lärm". Und das ist etwas, das sich in unserer Gesellschaft immer mehr verbreitet, wie das Sankt-Florians-Prinzip: Energie wollen wir alle, aber eine Biogasanlage bitte nicht in meiner Nachbarschaft...“⁵⁸

Man selbst unterstreicht aber mit diesen Passagen, dass das große Ganze, das Allgemeinwohl, altruistisch im Herzen des eigenen Engagements und Strebens liegt.

„...deshalb bin ich entschieden der Meinung, ich habe mich nicht eingesetzt für ein Interesse, was mir speziell zu Gute kommt, sondern genau mich dafür eingesetzt, dass Bildung in Hamburg staatlich auf hohem Niveau für alle Kinder gleich zugänglich ist. Das ist mal wirklich mein wichtigstes in dieser Volksinitiative gewesen und nichts anderes.“⁵⁹

Die Existenz einer Mehrheit in der Bevölkerung, die sich nicht aktivieren lässt, gilt wiederum den Gesprächspartnern nicht nur als Beweis, dass man selbst zu einer Art *Chosen Few* gehört, wie schon im Kapitel zu den Biographien und Prägungen herausgearbeitet. Sie macht ihnen darüber hinaus deutlich, wie wich-

58 Rahlf G1 in der Fokusgruppe Hannover G1 am 15.03.2012.

59 Vera E1 in der Fokusgruppe Hamburg E1 am 20.03.2012.

tig die Rolle von Protesten als Korrekturinstanz zum vermeintlich marode gewordenen und verkommenen Parteiensystem mittlerweile sei. Denn auf die „Mehrheit“ könne kein Verlass sein, sie stelle einen unsicheren Kantonisten dar, weil sie noch nicht durch hinreichend „Aufklärung“ konditioniert worden ist.

In diesem Sinne sind viele der interviewten Protestierenden fast Vulgärmarxisten, die erwarten, dass es aus einer Einsicht in die Objektivität der Dinge zu einer gemeinsamen Idee und Bewusstsein und in einem nächsten Schritt zu einem konsistenten gemeinsamen Handeln kommt. Die Protestierenden übernehmen in diesem Modell die Rolle der Kader, welche dem Rest vorangehen, zur Aktion schreiten, die Vorhut bilden.

Medien – Adlaten der Politik und notwendiges Übel

So wie sich das Politik- und Parteienbild der Protestierenden aus der Verarbeitung der von Ihnen gemachten Erfahrungen in ihrem Engagement ableiten lässt, speist sich auch das Urteil über die Medien als Einflussgröße einer demokratischen Öffentlichkeit aus diesen Erlebnissen. Und analog zum Politikverständnis variiert auch die Betrachtung der deutschen und europäischen Medien über die Gesprächsgruppen mit der gefühlten Erfolgsbilanz der Gesprächspartner.

Eine zynische, beissende Betrachtung der Medienlandschaft ist gerade dort nicht zu überhören, wo die Interviewten in den vergangenen Jahren das Gefühl gewonnen haben, von einem übermächtigen Gegner bekämpft zu werden, der ihnen den Zugang zur Information breiterer Öffentlichkeit über Print-, Radio- und Fernsehmedien erschwert oder verunmöglicht.

Dass Politik und Parteien sowie Wirtschaftsunternehmen Medien für ihre Zwecke einsetzen und daher die verfügbare Berichterstattung verzerrt ist und strategisch manipuliert, davon sind die meisten Gesprächspartner überzeugt. Eigene Schwierigkeiten, mit ihren Anliegen mediale Abnahme zu finden, gelten ihnen als bester Beweis dafür.

„...das ist auch ein bundesweites Abkommen wahrscheinlich aller Medien, die wir hier haben. Das heißt, die wollen uns auch nicht sehen, wollen uns auch nicht sehen, weil die haben definitiv Angst davor, dass wir zu viel Macht gewinnen, [...] Und da muss ich sagen: da kriegt man schon einen Riesenhals, wie das denn passiert. Das heißt: Das ist eindeutig politisch gesteuert, mit Geldern, die von den großen Parteien kommen...“⁶⁰

Medien spielen für die Protestierenden deswegen eine zentrale Rolle, weil sie eine Schlüsselfunktion in ihrem Aufklärungsstreben übernehmen, welches in den

60 Conrad G1 im Einzelinterview Anna und Conrad G1.

vorangegangenen Kapiteln und auch in den Seiten dieses Kapitels zu den (noch) nicht Aktiven Gesellschaftsgruppen angesprochen worden ist. Eine sachgerechte und nicht manipulierte Multiplikation ihrer Anliegen in eine breite Öffentlichkeit, da sind sich die Protestierenden sicher, würde ihnen rasch wesentlich größere Unterstützerkreise bescheren.

Auf der anderen Seite bietet diese Wahrnehmung der Medien den Gesprächspartner aber auch eine Möglichkeit, ihre eigenen Aufklärungsanstrengungen zu unterstreichen. Umso mehr die Medien in einer Gesellschaft als ausgewogener Informationskanal der Bevölkerung ausfallen – wovon die meisten, wie betont, ausgehen –, umso stärker ist eine selbstbewusste Bevölkerung auf *eigene, persönliche* Anschauung zurückgeworfen. Dieses Selbstbewusstsein ist in den Interviews sehr präsent: dass der ganz eigene Eindruck sie bestätigt, dass Medien oftmals zu einem Manipulationsinstrument der Politik verkommen seien, dem man nur mit eigener Urteilssicherheit entgegen treten könne:

„Also, über Zeitung, merkt man auch bei Stuttgart 21, geht es nicht. Also, da kann man höchstens Leserbriefe schreiben, aber man findet ja das, was tatsächlich passiert, nicht in der Zeitung. Das war auch ein Aha-Erlebnis, ich gehe irgendwo hin, sehe mit eigenen Augen, es passiert was, und am nächsten Tag lese ich in der Zeitung genau das Gegenteil.“⁶¹

Denn die Annahme, Medien seien manipulativ und gesteuert, macht die Protestierenden mit ihrem Engagement zu Verteidigern einer Aufklärung der Gesamtbevölkerung und adelt sie in ihrem widerständigen Tun. Dass sie von Medien zum Teil ignoriert oder nicht ihrer Erwartung nach aufgegriffen werden oder Teil der Berichterstattung sind, macht sie dann auch stolz und bestätigt ihnen ihren Weg.

„...mein Mann und ich hatten die Stuttgarter Zeitung gehabt, wir waren dann bei Veranstaltungen, jetzt nicht zum Bahnhof, auch bei politischen Veranstaltungen und wenn wir die Presse dann angeschaut haben, stand es immer anders, als wir das wahrgenommen haben. [...] und wir haben dann wirklich die Zeitung gekündigt. Weil wenn du es jetzt nicht machst, dann passiert das nie mehr, [...] also wir haben 50 Jahre die Stuttgarter Zeitung gehabt.“⁶²

Und Raffael G2 bringt es auf den Punkt:

61 Malte C1 in der Fokusgruppe Stuttgart C1.1 am 20.03.2012, 17 Uhr.

62 Laura E5 im Einzelinterview Doria Laura E5.

„Ich stell mir halt immer die Frage, wenn's knallhart geblockt wird, muss irgendwas dahinter sein, sonst gibt's ja dafür keinen wirklichen Grund.“⁶³

Dass eine solche Instrumentalisierung der Medien nicht immer gegeben, sondern „früher“ eine andere Medienrolle etabliert war, davon sind vor allem die Protestierenden älteren Semesters überzeugt. Dies bezeugen etliche Gesprächspassagen, in denen etwa die Rolle des „Spiegels“ in den 1970er Jahren für die Entwicklung von persönlichen Demokratieerwartungen unterstrichen wird:

„...der Spiegel war für mich damals sehr wichtig als Zeitung, als Zeitschrift, dass diese Demokratie verteidigt werden muss, auch vor dem Staat. Und das war für mich also ein ganz wichtiges Element meiner Politisierung.“⁶⁴

Dies unterstreicht den Befund einer derzeit von den Gesprächspartnern empfundenen Krise, da es sich bei der Kritik den „Medien“ gegenüber nicht um ein immer schon bestehendes Lamento handelt, sondern um eine Tendenz jüngerer Datums. Das wiederum macht die älteren Gesprächsteilnehmer zu einer Art gefühlten Propheten, die das „gelobte Land“ einer freieren, unabhängigeren Presse selbst noch kennen gelernt haben, und die ihre Urteilsicherheit dementsprechend auch nicht zurück halten.

Gleichzeitig sind allerdings viele der Initiativen und Protestgruppen in der Situation, dass sie in ihrem Engagement auf ein Mindestmaß an medialem Zugang angewiesen sind, wenn sie ihren Anliegen Gehör verschaffen wollen. Irgendwie müssen sie allesamt versuchen, sich diesen Zugang zu sichern oder mit den skizzierten Problemlagen umzugehen. An dieser Stelle unterscheidet sich das Verhalten der Gruppen stark danach, ob sie das Gefühl haben, diesen Zugang erreichen zu können, oder nicht. Werden sie dem eigenen Eindruck nach von den Medien komplett ignoriert oder gar offensiv bekämpft, so bleibt ihnen oftmals gar nichts anderes übrig, als selbst Alternativen zu schaffen, die dann den Stolz auf den eigenen Weg noch um Einiges steigern können – so wie Conrad G1, der gar von „Basismacht“ spricht:

„Also, mittlerweile wissen unsere Kreise Bescheid und ich denke, die Mundpropaganda ist dort durchaus wichtig. Und wir haben mittlerweile eine derartige Basismacht, dass wir da eventuell auch ein Stück weit anders klarkommen.“⁶⁵

63 Raffael G2 in der Fokusgruppe Stuttgart G2 am 02.04.2012.

64 Einzelinterview Hennar E7.

65 Conrad G1 im Einzelinterview G1 Anna und Conrad.

Andere Gruppen versuchen langfristig und strategisch, Medienlogiken auch für die eigene Arbeit zu nutzen und ihre Arbeit auch darauf auszurichten, wie und nach welchen Faktoren die Berichterstattung ihre Gegenstände auswählt.

„Uns ist es damals also auch so gegangen: uns wollte keiner. Wir mussten schauen, dass wir an der Öffentlichkeit kommen. Wir haben immer wieder Pressemitteilungen, immer wieder den Kontakt zu den Medien gesucht, einfach die Stetigkeit und irgendwann kamen wir auch in den Medien und plötzlich wurden wir auch gesucht, das war ganz interessant, diese Stetigkeit hat sich ausgezahlt. [...] Über jede Aktion von uns aus in den Medien zu berichten, über eine Pressemitteilung, jetzt passiert das, jetzt haben wir das gemacht. Einfach, um die Öffentlichkeit herzustellen, aber auch Politiker in Zugzwang zu bringen, auf der kommunalen und regionalen Ebene, da gibt es Bürgerversammlungen und so weiter, da können wir den Bürgermeister oder den Abgeordneten in der Versammlungen fragen, wie stehst du dazu, was machst du etc. Also, den richtig gehend stellen und den dazu zwingen, Farbe zu bekennen.“⁶⁶

Es sind auch diese Passagen, welche eine sich gegenseitig verstärkende Dynamik von Protest deutlich machen. Fühlen die Interviewpartner, dass sie Erfolg haben, dass sie Gehör finden, womöglich gar mit ihrem Anliegen durchdringen, pazifiziert dies ihre Standpunkte und lässt sie ruhiger und strategischer über Politik, Medien und deren Fehlentwicklungen sprechen. Auch berichten sie dann wesentlich überlegter zu den eigenen Strategien, auch auf die Medien zuzugehen, denen sie übles zutrauen. Fühlen sich die Gruppen und Gesprächspartner aber durch eigenes Erleben ausgebootet, verfolgt und in ihrem Interesse, welches sie als gerecht und eminent wichtig für die Gesellschaft erachten, nicht anerkannt, gar verachtet, dann lässt dies auch ihr Urteil über Medien als Teil einer Demokratie hämischer werden.

Lothar C2 beispielsweise, engagiert im Hamburger Recht auf Stadt, unterstreicht, dass die Erfolge der Protestinitiative auch mit ihrem Aufgreifen durch die Medien zu tun haben:

„Aber ansonsten haben die (*Medien, Anm. F.B.*) viele von den Sachen, die liefen, aufgegriffen und haben auch teilweise, glaube ich, Recht auf Stadt dadurch stärker gemacht als es sonst wäre. Also ich glaube ja, auch so Medien haben natürlich auch begriffen, dass eine zentrale Auseinandersetzung die Frage nach dem Recht auf Stadt ist, und beschäftigen sich dann auch stärker damit. Ob das nicht immer alles irgendwie toll ist, was sie schreiben, ist eine andere Frage, aber dadurch, dass es in den Medien ist – dann werden Sachen teilweise großartig. [...] Wir haben ja diesen Begriff für Mietenwahnsinn vor einem Jahr

66 Natan C3 in der Fokusgruppe Freising C3 25.07.2012.

geprägt und also so eine Wortkonstruktion, die es davor nicht gab. Wenn man Google Suche von vor einem Jahr macht, da findet man noch nicht viel zu Mietenwahnsinn und seitdem gibt es Mietenwahnsinn als Begriff und der wird dann auch medial aufgegriffen also das ist auch immer ganz interessant, wie da auch so eine Deutungsmacht oder sowas mit rein spielt.“⁶⁷

Gleichwohl bleiben alle Gesprächspartner bezüglich der Medien innerhalb einer Demokratie enorm skeptisch und um Distanz bemüht. Mannigfaltig sind die Beispiele, in denen davon berichtet wird, wie sie von ihnen persönlich bekannten Lokaljournalisten um Verständnis gebeten werden, dass sie „nicht berichten“ könnten – der Chefredakteur würde es „nicht bringen“ oder unterbinden. Dass besonders die öffentlich-rechtlichen Medien sehr stark selektieren, auch die politischen Interessen bedienen, wird weithin geteilt:

„Wer nur die zwei nordkoreanischen Sender, ARD und ZDF, anschaut, ja, der hat nach einem Monat eine Gehirnwäsche...“⁶⁸

Aber auch ruhiger und mit weniger politisch-manipulativem Verdacht ausgestattet, sind viele Gesprächspartner nicht glücklich, über die Rolle, die Medien mit ihren Verwertungslogiken im demokratischen Prozess einnehmen können. Überzeugt davon, dass ihr Anliegen für sich selbst spräche, wenn man es nur veröffentlichte, sind fast alle – und dementsprechend ist auch die systemische Rolle von Medien zu subsumieren, wenn dem Protest noch kein Erfolg beschert worden ist: „Streit wird von den Medien gemacht.“⁶⁹

5.2 DEMOKRATIEVORSTELLUNGEN UND -ERWARTUNGEN

Im Kontrast zu den Gesprächspassagen über eine wahrgenommene Krise und deren Ursachen gestaltet es sich erheblich schwieriger, qua Gesprächsführung etwas über Demokratievorstellungen der Protestierenden zu erfahren. Vorweg: Es wäre vielleicht den übersteigerten Abstraktionserwartungen eines Sozialwissenschaftlers geschuldet, würde man erwarten, dass jede Bürgerinitiative zu jedem Zeitpunkt ihres Engagements auf eine kohärente Demokratieanalyse zurückgreifen kann. Auch wenn in den bisherigen Abschnitten deutlich geworden ist, wie

67 Einzelinterview Lothar C2.

68 Volker G2 in der Fokusgruppe G2 Stuttgart am 02.04.2012.

69 Einzelinterview Fred G5.

sehr die Protestierenden ihre Anstrengungen ausgehend von dem konkreten Anlass als Engagement für eine bessere Zukunft und Demokratie in Deutschland verstanden wollen wissen, so sind sie doch nicht in erster Linie als Gesellschaftswissenschaftler zu analysieren, denen ein fundiertes Theoriegebilde Ziel ihres Strebens ist.

Die jeweiligen Protestanlässe verlangen rasche Reaktion, die geschilderten Erfahrungen mit Ämtern, Genehmigungsverfahren (bzw. deren Verhinderung), Abstimmungen, Bauanträgen etc. sind getragen davon, unter zeitlichem Druck Lösungen zu suchen und Bewegungsspielraum und Möglichkeiten zu sondieren. Die zusätzliche Zeit und Kraft, abstrakt zu diskutieren, das eigene Tun in die Gesamtgesellschaft hinein zu extrapolieren, haben viele der Gruppen schlichtweg nicht. Gleichwohl möchten sie, das ist bereits deutlich geworden, ihr Engagement jeweils auf einen Themenkomplex richten, der ihnen als Stellvertreter für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen gilt, die sie kritisieren. Insofern bleibt die Frage danach, welche Gesellschaftsordnung ihnen vorschwebt, für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit gerechtfertigt und von zentraler Bedeutung.

Wenn in den Interviews und Gruppendiskussionen nach den jeweiligen Vorstellungen von Demokratie, angefangen mit dem basalen Bedeutungsgehalt des Begriffs, gefragt wird, unterscheidet sich die Reaktion fundamental von derjenigen, welche bei den Gesprächsteilen zur Krise zu beobachten ist. Zwar werden Meinungen an dieser Stelle durchaus selbstbewusst vorgetragen. Die Tonlage aber ist eine andere: leiser und weniger donnernd. Nur wenige Teilnehmer sind in der Lage, ad hoc mehr als einige Stichworte zu nennen, wenn sie direkt zu ihrem Verständnis einer idealen Demokratie gefragt werden. Insofern entstehen die Bilder einer Zukunftsvorstellung, von den Demokratieerwartungen der Protestgruppen, nicht als Äußerung Einzelner, als schon vorliegendes Ergebnis langwieriger Diskussionsprozesse oder fertiger Konsens, sondern erst in Auge und Ohr der Diskussionen der Gruppen– oder auch Zwiegespräche.

Nochmal: Dieser Befund ist nicht als Denunziation oder Unverständnis darüber zu lesen, dass Bürgerproteste a priori keine wohlreflektierten Vorstellungen zukünftigen Zusammenlebens besitzen. Es muss aber den Fokus des Sozialwissenschaftlers verändern, der diesen Vorstellungen – welche ja, so steht zu vermuten, nichtsdestotrotz existieren, nur eben nicht explizit präsentiert – auf der Spur ist. Es gilt, Indizien zusammenzutragen, nach Hinweisen zu suchen und auch kleinere Gesprächskontexte, Tonlagen, Gesten etc. für eine mögliche Deutung auszuwerten. Denn Antworten auf die Fragen, wer oder was Legitimität schafft, was Autorität verleiht, wie man mit Minderheiten umgehen sollte oder was der Wert Gleichheit bedeutet, machen deutlich: Theoretische Abstraktion ist nicht die Stärke vieler Bürgerbewegungen, muss sie vielleicht auch gar nicht

sein. Um gleichwohl diesen Komplexen nachzugehen, sind Umwege zu suchen.⁷⁰

Und noch etwas fällt auf: Es sind keineswegs immer dieselben Teilnehmer, die das Wort führen und sich besonders eloquent zeigen. Der Komplex von Demokratie und Gesellschaftsorganisation erfordert und prämiiert augenscheinlich andere – und seien es nur analytisch-rhetorische – Fähigkeiten, als dies im Fall der Empörungsteigerung bei der Diskussion der eigenen Krisenwahrnehmung zu beobachten war. Während Empörung und das Zuweisen von Schuld und Fehlverhalten – Politiker, Politik, Unternehmen etc. – Lautstärke, praktische Erfahrung im Protest und oftmals auch eine Überzeugungskraft stiftende berufliche Autorität in der Sachfrage des Engagements besonders zur Geltung kommen lassen, sind die Passagen der Gruppendiskussionen zur Demokratie oftmals durch andere Akteure geprägt. Insgesamt gibt es zwei Gruppen von Engagierten, die sich hier besonders sprachfähig zeigen oder aber mit mehr bzw. tiefer gehenden Gedanken zum gesellschaftlichen und politischen Zusammenleben aufwarten können. Zum einen sind dies Mitglieder von Bürgerinitiativen oder Protestgruppen, die sich die *Verwirklichung* alternativer Lebensmodelle besonders deutlich auf die eigenen Fahnen geschrieben haben. Stadtviertelprojekte wie das Hamburger Gängeviertel etwa haben eine lange Tradition des Diskutierens grundsätzlicher Fragen der Selbstorganisation und – damit zusammen hängend – der Debatte um wünschenswerte Zukunftsideale. Diese Erfahrung ist den entsprechenden Interviewpartnern auch deutlich anzumerken. Zum anderen aber scheint es Biographien und Werdegänge zu geben, die näher an diesen Frage- und Gedankengängen liegen, als dies bei anderen der Fall ist. Menschen übernehmen – verallgemeinerbar und generell, jedenfalls in den hier zugrunde liegenden Interviews – individuelle persönliche und berufliche Perspektiven so sehr auch für ihre generelle Deutungs- und Handlungsweise, dass die eigenen Erfahrungen und eingeschliffenen Denkweisen auch die Fähigkeiten beeinflussen, über einen abstrakten Begriff wie Demokratie zu sprechen. Pastoren, Sozialpädagogen, Ökonomen und oftmals Künstler sprechen in den Interviews anders, nachdenklicher und viel selbstverständlicher über die Fragen von Mehrheit und Minderheit, über Legitimität und Loyalität, als dies etwa Physiker, Ingenieure oder IT-Spezialisten tun.

70 Auch der Soziologe Albert O. Hirschman hat auf diese mangelnde Phantasie hingewiesen: „Die menschliche Fähigkeit, sich sozialen Wandel vorzustellen, ist bemerkenswert beschränkt.“ Ders.: Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt a.M. 1988.

Autorität und Legitimität

Wie im Eingangskapitel im Abschnitt zur Entstehung von Demokratienormen beschrieben, gibt es in der Diskursanalyse verschiedene Ansätze, über den inneren Zusammenhang von *Pressure Groups* und ihre jeweils unterschiedlich funktionierenden Begründungsstrukturen nachzudenken. Dies ist insofern an dieser Stelle fruchtbar heranzuziehen, da in den Gesprächspassagen und Erzählungen zur inneren Funktion und Entscheidungsfindung in den Protestbündnissen selber eine Möglichkeit liegt, etwas über die Idealvorstellungen der Engagierten auch mit Bezug zur Gesamtgesellschaft zu erfahren. Die Art und Weise, wie in den Interviews die Hierarchien und Führungsstrukturen der eigenen Gruppe reflektiert bzw. wie diese bewegt und mitunter kritisiert werden, mag Aufschluss darüber geben, wie sich Protestierende eine größere Aggregation von Interessen vorstellen.

Demokratie als gesellschaftliche Form, Entscheidungen zu organisieren und ihnen zur Akzeptanz zu verhelfen, ist an die Fähigkeit gebunden, den Handelnden Autorität und Legitimität zu verleihen. Wer oder was eigentlich Autorität und welche Kontexte Legitimität entstehen lassen, sind insofern zwei grundlegende Fragen für das Verständnis von Demokratie. Besonders für Legitimitätsquellen wird mittlerweile in der Politikwissenschaft gefragt, ob demokratische Verfahren noch in der Lage sind, diese selbst herzustellen oder ob eine politikwissenschaftliche Analyse vielmehr Komplexe *außerhalb* der Institutionen und ihrer Träger in den Blick zu nehmen hat.⁷¹ Markus Patberg hat an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass ein von Max Weber abgeleitetes Verständnis von Legitimität als *Glaube* an die Legitimität einer Herrschaftsform den beobachtenden Sozialwissenschaftler darauf reduziere, lediglich oberflächlich zu messen, wie stark dieser Glaube ausgeprägt sei.⁷² Dass dieser Glaube im Schwinden begriffen ist bzw. dass die Legitimität der zeitgenössischen Demokratie von den Protestierenden zumindest teilweise angezweifelt wird, diese These wäre durch die Auswahl des Themas bzw. der Protagonisten – die gegen die Ausprägungen der Demokratie protestieren – ein Zirkelschluss. Vielmehr komme es darauf an, zu untersuchen, ob politische Herrschaft mit den normativen Erwartungen und Maßstäben der Bürger selbst gerechtfertigt werden könne. Eine empirische Untersu-

71 Vgl. dazu Zürn, Michael: Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 52 (2011) H. 4, S. 603 – 635.

72 Vgl. Patberg, Markus: Zwei Modelle empirischer Legitimitätsforschung – Eine Replik auf Michael Zürns Gastbeitrag in der PVS 4/2011, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 54 (2013) H. 1, S. 155 – 172, hier S. 157.

chung von Legitimität müsse beurteilen, ob sich ein politisches System in Übereinstimmung mit diesen Überzeugungen befindet oder nicht – der Sozialwissenschaftler müsse also *beurteilen* und nicht lediglich *messen*.⁷³ Für die hier verfolgte Fragestellung kommt es also in erster Linie darauf an, nach Hinweisen zu suchen, was für die Gesprächspartner eine Quelle von legitimen Entscheidungen und Herrschaftsansprüchen ausmachen kann – und erst im Anschluss daran ist zu fragen, ob sich eine politische Herrschaft auf diese berufen kann.

Bezüglich der Frage nach Quellen von Autorität ist zunächst festzuhalten, dass die Vorstellungen in den unterschiedlichen Protestgruppen und -zusammenhängen durchaus differieren. Dies bestätigt den obigen Hinweis, dass wir es, aus diskursanalytischer Sicht, mit unterschiedlichen Communities zu tun haben, die ihr Engagement auch auf verschiedene Pfeiler stellen, um Gehör, Plausibilität und Einfluss, letztendlich eine Art Hegemonie, zu erreichen.

Hervorzuheben sind dabei aus den Gesprächen drei Ansätze, für sich selbst, die Gruppe oder als abstrakten gesellschaftlichen Mechanismus die Entstehung von Autorität zu erklären: eine fachliche, eine „natürliche“ und eine aus der gesellschaftlichen Hierarchie übertragene Vorstellung. Autorität soll in diesem Zusammenhang erklären, wer in einer jeweiligen Situation eine Führungsposition beanspruchen *kann* bzw. sich mit diesem Führungsanspruch durchsetzt. Hannah Arendt hat darauf hingewiesen, dass Autorität begrenzt wird durch die Ausübung von Zwang und Gewalt auf der einen und durch die Überzeugung von gleichrangigen Individuen auf der anderen Seite.⁷⁴ Eine Untersuchung von Autoritätsvorstellungen müsse folglich nachspüren, was Quellen von Hierarchieakzeptanz sein können, die einen Anspruch auf Führung entstehen lassen.

Zuallererst fällt auf, dass an vielen Stellen über die verschiedenen Protestbündnisse hinweg auf die Autoritätsressource „fachliches Wissen“ rekurriert wird, welche einen Menschen dazu befähige, Führung zu übernehmen – in den Protestgruppen und auch darüber hinaus.

„Das war irre. Es kam eine Frage ins Plenum und zwei Sekunden später hatte Hubertus eine Antwort. Ich habe mir gedacht, wie macht der das, das kann doch nicht sein. Ich habe das aber so bewundert.“⁷⁵

73 An dieser Stelle bemüht Patberg David Beetham: *The Legitimation of Power*, Basingstoke 1991.

74 Vgl. Arendt, Hannah: *What is Authority?*, in: Dies.: *Between Past and Future*, New York 2006, S. 91 – 141, hier S. 92.

75 Susanne E1 in der Fokusgruppe E1 Hamburg am 20.03.2012.

Für die Protestierenden kann das Fachliche eine enorme Autoritätsquelle sein, weil es ihnen als Waffe dient. Das Fachliche ist an dieser Stelle die Steinzwille Davids, mit der man einem vermeintlich übermächtigen Gegner seine Grenzen aufzeigen kann und welche zudem in Kontinuität steht mit dem bereits herausgestrichenen Verständnis von Aufklärung, dass allein eine inhaltliche Erkenntnis ausreiche, um eine Mehrheit zu überzeugen. Diese Denkweise einer *Epistemic Community*, die über die fachliche Angemessenheit ihrer Vorschläge Glaubwürdigkeit zu erreichen sucht und die über die inhaltliche Autorität ihrer Fürsprecher nach Geltung trachtet, findet sich in unterschiedlichem Grade in allen betrachteten Protesten. Besonders aber in kleineren Zusammenhängen, welche sich selbst thematisch eng begrenzen und ihr Engagement auf einen Punkt hin ausrichten, sind die Suche nach fachlicher Reputation und eine Ableitung von Autorität und Führungsanspruch deutlich zu spüren.

Der demokratischen Realität in Deutschland allerdings trauen die meisten zu ihrem Bedauern nicht länger zu, in ihrer Entscheidungsorganisation einer solchen fachlichen Autorität noch zu entsprechen. Vielmehr sei Politik selbstreferentiell geworden und rekrutiere lediglich Menschen, welche „das System“ bedienen, aber keine fachliche Grundlage mehr besäßen, um Entscheidungen zu treffen.

„Also für mich geht in der Demokratie die Macht geht vom Volke aus, also von den Wählern, und wird auch von den Wählern kontrolliert, dazu ist notwendig, dass sich diese Leute, die sich für solche Mandate zur Verfügung stellen, entsprechend ausgebildet sind, es hilft dem Volk nicht weiter, wenn ein Großteil der Volksvertreter da ein juristisches Studium hat, einen Grad. Die sind aus meiner langen Erfahrung ja von so einem idealen Ablauf geprägt und alles, was nicht in das System rein passt, stört und wird also niedergemacht, ich bin lange genug dabei.“⁷⁶

Auffällig ist, als zweite Quelle, dass viele der Interviewten eine Art „natürliche“ Autorität beschreiben, die dafür Sorge, dass in den Protestgruppen manche als Führungspersönlichkeiten hervortreten – und die sie sich, dies ist mit den Händen zu greifen, auch für die Gesellschaft insgesamt als Auswahlfilter für politische Führungspositionen wünschen. Viele Interviewpartner betonten immer wieder, wie sehr automatisierte oder formalisierte Hierarchien in ihren Gruppen dem widersprächen, was ihnen als Ideal für Bürgerproteste vorschwebte. Gleichwohl sei ihnen klar, dass es Hierarchien und eine Gruppenführung geben müsse.

76 Marcel C3 in der Fokusgruppe C3 Freising am 25.07.2012.

„Ist ja gut und schön, ich bin auch dafür, dass es keine Hierarchien gibt. Aber die Menschen sind nun mal leider nicht so gestrickt. Es braucht schon jemand, der da irgendwo vielleicht auch in gewisser Weise was organisiert und darüber auch ne Autorität hat.“⁷⁷

Dementsprechend schildern die Gesprächssequenzen zu der Frage, wie sich in den jeweiligen Gruppen die Führungspersonen herauskristallisieren, auch einen Prozess des naturwüchsigen „Übrigbleibens“ derjenigen, welchen die Mitglieder vertrauen, Glauben schenken oder aber, die schlichtweg am meisten Arbeit und Engagement in die Protestarbeit stecken. Diese „Prämien“ der Seniorität und Erfahrung, aber auch des Selbstbewusstseins im Protest sind auch im Kapitel zu den Biographien herausgestrichen worden. Sie sind in diesem Zusammenhang eine mögliche Quelle von Autorität, die einzelnen Personen dann besonderes Gehör in den Gruppen zuteilwerden lässt.

„Ja, also es gibt eben ein paar Macher, es gibt die Basis, also von der es auch mal sozusagen, das war eben der Anfang, ein großes Treffen gab, mit vielen Erzieherinnen, mit vielen Arbeitsgruppen, und dann bei dem zweiten Termin-Treffen dieser Arbeitsgruppen waren es natürlich viel, viel weniger Leute, dann wurden Arbeitsgruppen zusammengelegt, so, und dann gibt es in den verschiedenen Arbeitsgruppen immer ein paar Leute, die schon jahrelang in diesem Bereich politisch tätig sind und die sich sozusagen verteilt haben auf diese Arbeitsgruppen, damit es dann irgendwie nochmal wieder zusammengeführt werden kann in einer Steuerungsgruppe, aber es gibt auch Einzelpersonen in der Steuerungsgruppe, die ihre Alleinmärsche machen, es gibt im Grunde [...] auch nicht die Zeit, wirklich gemeinsam zu diskutieren, was hat man für eine Strategie, oder wo soll's hingehen, was machen wir, wenn – also es wird nicht überlegt, was eigentlich passiert, sondern machen, machen und ganz schnell.“⁷⁸

Drittens bringen Gruppen oder Institutionen eine Autorität aus dem gesellschaftlichen Bereich mit in die Protestarbeit ein. Dass die Protestbündnisse aus dem Bereich der Eurogegner anfangs besonders betont haben, viele Professoren mit fachlicher und sozialer Reputation zu versammeln, oder dass etwa die vergleichsweise großen, heterogenen Bündnisse wie jenes gegen den Münchener Flughafenausbauplan auf die integrierende Kraft der Kirche zurückgreifen – beides verlängert eine gesellschaftliche Autorität in die politische Arbeit hinein und macht diese nutzbar.

77 Raik C2 in der Fokusgruppe C2.2 Stuttgart am 20.03.2012, 20 Uhr.

78 Einzelinterview Ilse E8.

„Freising ist nun mal eine kirchliche Stadt seit was weiß ich wieviel 100 Jahren. Das Wort der Kirche bedeutet hier was. Allerdings jetzt, wenn ich mir die Diskussion in der katholischen Kirche anschau, was so Priester- und Amtsverständnisse angeht, da kann Kirche sagen, offizielle Kirche sagen, was sie will, da haben Leute ihre eigene Meinung. Aber wenn's um Themen geht, wo sie merken: Hier hat Kirche uns wirklich was zu sagen, hier spricht Kirche Themen an, die uns persönlich bewegen, und Kirche ist mit uns solidarisch, dann ist Kirche hier ein ganz wichtiger Faktor.“⁷⁹

Diese „gesellschaftliche“ sowie die angesprochene „natürliche“ Autorität, welche man Einzelpersonen oder Gruppen zuspricht, ziehen ihre Kraft aus der Ausstrahlung einer inneren Überzeugung, die bei ihnen wahrgenommen wird. Auch eine ostentativ zur Schau getragene Überparteilichkeit oder Unbestechlichkeit kann zu einer Quelle von Autorität werden. Dieses Erzählmotiv eines „einsamen Wolfs“, der sich nicht durch Gegenwind beeindrucken lässt und unnachgiebig dem eigenen Anliegen folgt, taucht des Öfteren auf. Hennar E7 etwa schildert sich selbst in dieser Rolle:

„Also, in der Masse ist jeder sein kleines Rädchen, man muss sehr aufpassen, damit man da nicht vereinnahmt wird von der Masse, ich bin da sehr vorsichtig. Ich denke immer, na, wie ist das jetzt, so was ähnliches wie der Reichsparteitag in Nürnberg, wo sie alle geschrien haben, diese Massenhysterie. Dann bin ich schon wieder sehr vorsichtig. Ich denke da an die große Friedensdemonstration in Bonn 1982, da stehen vorne die Bots auf der Bühne, das ist eine holländische Gruppe, die haben dann gesungen, alle, die für den Frieden sind, sollen aufstehen, und dann stehen 120.000 Menschen auf. Ich bin erschrocken sitzen geblieben, dachte, mein Gott das ist ja wieder was in diese Richtung, ne. Also, dieses kritische Bewusstsein zu behalten, wo könnte was aus dem Ruder laufen, das ist mir sehr wichtig.“⁸⁰

An diesen Passagen fällt auf, ist, dass Autorität, verstanden als Führungsanspruch, eine Ressource ist, die von den Protestierenden verstanden wird als etwas, das *außerhalb* der demokratischen Strukturen entsteht. Dies ist etwas, dass auch Hannah Arendt zu den Insignien von Autorität zählt, den Befund allerdings für autoritäre Systeme herleitet. „The source of authority in authoritarian government is always a force external and superior to its own power; it is always this source, this external force which transcends the political realm, from which

79 Einzelinterview Bernd C5.

80 Einzelinterview Hennar E7.

the authorities derive their “authority”, that is, their legitimacy, and against which their power can be checked.”⁸¹

Dazu zählt in den Interviews, dass in Vergleichen und Beispielen immer wieder eine Trennung gemacht wird zwischen der Umsetzung beziehungsweise der Verwaltung von Belangen auf der einen und der Definition und Diskussion von Zielsetzung beziehungsweise einer Programmatik auf der anderen Seite. Während ersteres durchaus der zeitgenössischen Demokratieumsetzung und allgemein der Politik in Deutschland zugetraut und zugesprochen wird, wähnt man die Autorität für letzteres bei sich selbst, beim Bürger. Auf die Frage der Demokratievorstellungen übertragen, bedeutet dies, dass in den Gesprächen Autorität als etwas beschrieben wird, das nicht in einem Abstimmungsverfahren erreicht werden kann, sondern das den Inhabern aus anderen Quellen bereits inhärent ist. Aus den Gesprächen herauszuhören ist der Wunsch danach, entweder fachlich besonders fähigen Menschen oder aber denjenigen, die ein besonders hohes Ansehen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen mit einbringen, eine Führung in der Gruppe oder Gesellschaft anzutragen. Auffällig ist aber, dass die geschilderten Gruppenausleseprozesse durchaus stark die Ressource „Erfahrung durch Protestdauer“ honorieren und den Erfahrenen besondere Autorität und Urteilsfähigkeit zusprechen, während Seniorität als Auslesekriterium in Parteien oder der Politik oftmals als besonders krasses Merkmal einer abzulehnenden Parteiräson herausgestrichen wird. Nimmt man die Selbsterzählungen der Gruppen als Fundament für ihr Demokratieverständnis, ist diese Kritik zumindest nicht mehr ohne Widerspruch nachvollziehbar.

Eine andere Frage allerdings ist die nach der „Legitimität“ von Verfahren und Führungspositionen. „Legitim“ im Sinne eines moralischen begründeten Anspruchs auf Durchsetzung ist den Protestierenden das, was sich durch „Bürger-nähe“ auszeichnet. Und auch wenn nicht alle Interviewten oder Protestgruppen den Begriff des „Bürgers“ ganz explizit benutzen – das Konstrukt eines Volks- oder Bürgerwillens, nach dem sich Politik und Demokratie idealerweise ausrichten und dessen Erfüllung das höchste Ziel sein sollte, benutzen viele in mehr oder weniger ausgeprägter Form, und sei es auch nur in einer Art negativer Raumnahme: dass Politik und Demokratie den Bürgern Platz zu lassen habe für die eigenen Vorstellungen.

Interessant ist dabei das Verständnis vom Bürgerwillen. Denn der Begriff wird kaum mit den Vorstellungen oder Forderungen einer Mehrheit der Bevölkerung übersetzt, sondern qualitativ oder mittelbar definiert. Dabei bleibt oft unklar, wer oder was dann einer Nicht-Mehrheit oder Minderheit die Möglichkeit zuspricht, im idealen Sinne legitime Führung auszuüben. Das Konstrukt einer

81 Arendt: What is Authority?, hier S. 97.

„Bürgernähe“ oder eines „Bürgerwillens“ wird zu einer Verbrämung der eigenen Vorstellungen für das Gemeinwohl (und damit eben für alle Bürger) – und der Protestierende selbst zu einem Repräsentant für alle anderen.

„[...] es haben noch nie Mehrheiten die Welt verändert, ja, es hat nicht die Mehrheit der Europäer entschieden, wir fahren jetzt einmal nach Westen und gucken, ob es da Amerika gibt, da gab es einen Querkopf, der hieß Kolumbus und hat gesagt, ich glaube daran und hat noch ein paar andere Leute [...] überzeugt und dann hat er Amerika entdeckt, aber eine Mehrheit würde so was nie schaffen, ja, wir können noch andere Beispiele nehmen, [...] es sind immer Minderheiten, es sind immer Einzelne, die vorgehen, es sind immer Einzelne, die gegen den Strich gehen und [...] irgendwann setzt sich die Überzeugung durch.“⁸²

Diese Meinungsäußerung lässt sich anknüpfen an den Bildungsbegriff der Protestgruppen: Bildung, Aufklärung und Erkenntnis statt ein Individuum mit einer Fürsprache-Möglichkeit für den Rest der Gesellschaft aus – Protest als patriarchalische Ausübung besserer Kenntnis über das Gemeinwohl. Dies unterstreichen nicht alle Interviewten für sich und ihre Gruppen, findet sich in Spuren aber doch an vielen Stellen. Symptomatisch ist die Antwort von Rahlf G1 auf die Frage des Moderators, wer eigentlich das „Wir“ ausmache, von dem er zuvor so häufig gesprochen habe: „Die Mehrheit der Bevölkerung! (*Lachen*)“⁸³

Das Postulat von Bürgernähe als Legitimitätsmesser für Entscheidungen ist, wie angesprochen, besonders bei denjenigen Gruppen zu hören, die als kleine Protestzusammenhänge unter größerem Begründungsdruck stehen, ihr Anliegen als gute oder beste Lösung auch für den Rest der Bevölkerung auszuweisen. In den 2012 noch kleinen Gruppen der Eurokritiker, die zum Teil eine Nähe zu wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionen aufweisen, war dies besonders ausgeprägt. Auch wird der Begriff von Bürgernähe zur Abgrenzung benutzt, um deutlich zu machen, dass sie Politik nicht länger zutrauen, die Lebenssituation der Bürger nachempfinden und als Entscheidungsgrundlage einspeisen zu können. Eine Trennung in Bürger auf der einen und Politik auf der anderen Seite ist die Folge.

82 Einzelinterview Achim G3; Eine ähnliche Passage findet sich auch bei Golo Mann: „Große, entscheidende Dinge in der Geschichte sind oft von Minderheiten vollbracht worden, ohne, selbst gegen den Willen der Mehrheit... [...] Es liegt in der Natur politischer Bewegungen, dass sie von Minderheiten geführt und getrieben werden, da die Mehrzahl der Menschen mit ihren eigenen Sorgen fast immer vollauf beschäftigt ist.“ Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 2004, S. 270.

83 Rahlf G1 in der Fokusgruppe G1 Hannover am 15.03.2012.

Dass die jeweils spezifisch Betroffenen beteiligt werden, ist die zweite zentrale Formel, auf die sich Legitimitätsvorstellungen der Protestierenden herunterbrechen lassen. Dies ist verständlich, schließlich lassen sich ihre Protestzusammenhänge und ihr Engagement auf genau dieses gefühlte Beteiligungsdesiderat zurückführen: dass sie sich betroffen fühlen, aber nicht (genug) gehört oder gefragt werden.

„Ich finde, die Bürgerbeteiligung sollte so stark sein, dass, wenn die meisten Autofahrer nicht wollen, dass sie geblitzt werden hier in Hannover, dass die so viel Macht haben, dass die Dinger dann auch nur dorthin gestellt werden, [...] wo auch wirklich Gefahren sind und da, wo man verleitet wird, statt fünfzig siebzig zu fahren, weil es geht. Also das wäre jetzt zum Beispiel eine Bürgerbeteiligung in diesem Kommunalgeflecht.“⁸⁴

Damit zusammenhängend tritt an vielen Stellen hervor, dass die Lösung, einfach *alle* stärker zu beteiligen, von vielen Interviewpartnern kritisch gesehen wird. Dies liegt zum einen daran, dass im benutzten Interviewsample mit den Stuttgarter Bahnhofsegegnern wie den Hamburger Befürwortern längeren gemeinsamen Lernens zwei Protestzusammenhänge involviert sind, die in direktdemokratischen Abstimmungen unterlegen sind. Engagierte aus beiden Städten schildern ihre Frustration der Niederlage, die ungleichen Waffen und Ressourcen des Gegners, auch den Klüngel der Gegenseite – und dies führt zu sehr vorsichtigem Beurteilen direktdemokratischer Elemente, weil sie effektiv vor Augen geführt bekommen haben, dass die Gegenseite nicht durch klandestine Absprachen, sondern durch eine *Volksabstimmung* gewonnen hat. Und noch etwas ist besonders an der Hamburger Situation: Die Schulverbesserer sowie die, welche dann für die Primarschule gekämpft haben, waren nicht gegen die Parteien, sondern wollten dem gemeinsamen Vorschlag der Hamburger Regierungskoalition aus CDU und Grünen sowie der parlamentarischen Opposition den Rücken stärken und helfen, ihr Projekt durchzusetzen. Das heißt im Umkehrschluss: Sie haben mit allen Parteien gemeinsam gegen eine (Abstimmungs-)Mehrheit verloren – eine doppelte Niederlage.

„Für mich ersetzt die Volksgesetzgebung nicht die parlamentarische Demokratie. Es gibt Themen, wir haben das hier in Hamburg erlebt mit dem Primarschul-Volksentscheid oder gegen den Primarschul-Volksentscheid, dass es Menschen gibt, die Geld haben und eine Lobby haben, die auf die Art und Weise durch die direkte Volksgesetzgebung Vorteile und Politik machen können, und das finde ich nicht demokratisch.“⁸⁵

84 Marius G1 in der Fokusgruppe G1 Hannover am 15.03.2012.

85 Renate E2 in der Fokusgruppe E2 Hamburg am 07.05.2012.

Dass die Mehrheit als Entscheidungsinstanz vielen Protestierenden ein unsicherer Kantonist ist, wird jedenfalls oft sichtbar. Dies mag auch mit dem Selbstbild der Engagierten zu tun haben, nach dem sie über eine größere Bildung, Einsicht und Aufklärung verfügen, über Ressourcen also, welche zwangsläufig vielen anderen Menschen abgehen müssen – ansonsten würden sie sich dem Protest anschließen. Die Gesamtbevölkerung dann aber zur Instanz für Entscheidungen zu machen, würde naturgemäß weniger rationale und aufgeklärte Lösungen hervorbringen.

Es ist einleuchtend, dass diese Skepsis direktdemokratischen Elementen gegenüber sowohl mit der Erfahrung, welche die Gruppen mit diesen Partizipationsmöglichkeiten bis dato gemacht haben, als auch mit der Gruppengröße stark korreliert.

Denn je größer und heterogener die Gruppen, umso vorsichtiger müssen sie in ihren inneren Entscheidungsprozessen mit der Frage der Integration verschiedener Meinungen umgehen. Die Suche nach Legitimierungsformeln und -funktionen innerhalb der Gruppen schildern besonders die großen Protestbündnisse wie in Stuttgart, Freising, aber auch das Hamburger Recht auf Stadt. Eine Paradelösung haben sie jedoch auch allesamt – wenn überhaupt – nur in Teilen gefunden. Denn zwischen dem Ideal auf der einen Seite, dass niemand übergangen werden soll und alle Gehör finden, und der Notwendigkeit auf der anderen Seite, handlungsfähig zu bleiben und Verhaltenskodices allgemeinverbindlich festzulegen, klafft oftmals eine schmerzhaft Lücke, die experimentell und in der Hoffnung auf eine Art „naturwüchsigen“ Konsens manchmal nur oberflächlich überdeckt wird. Gleichzeitig ist es aber für die Gruppen enorm wichtig, hier einen Mittelweg zu finden, da kein Mitglied zum Dabeibleiben gezwungen werden kann. Die Beschränkung auf *ein* zentrales Thema etwa und das Schweigen zu allen anderen ist eine Möglichkeit, die sich Protestgruppen eröffnet. Eine Übertragung dieser Faustformel auf die Entscheidungsorganisation innerhalb der Gesellschaft bleibt aber kaum sinnvoll.

„Wir haben uns ja drauf geeinigt, dass wir zu allen anderen Themen nichts sagen, wir haben das eine große Ziel: Verhinderung der dritten Startbahn. Und obwohl wir privat unterschiedlicher Meinung sind, wir haben uns nie zu Olympia geäußert, wir haben uns nie zur zweiten Stammstrecke geäußert. Wir haben nur gesagt, wir sind nur für das da und alles andere kann ich privat machen, hier wir sind nur für die dritte Startbahn da.“⁸⁶

Eine andere Möglichkeit ist die Vermeidung jedweder formaler Abstimmungen, um überstimmte Minderheiten, die dann ein Ergebnis nicht anerkennen, zu ver-

86 Ulla C3 in der Fokusgruppe C3 Freising am 25.07.2012.

hindern. Auch dies allerdings ist kaum effizient im Sinne einer Zeitbeschränkung der Entscheidungsfindung (da alles bis zum Konsens diskutiert werden muss) und wenig übertragbar auf umfassendere Zusammenhänge.

Ein dritter Ausweis von Legitimität, welcher in allen Gruppen im Prinzip unwidersprochen bleibt, ist der Nachweis der Zukunftsorientierung. Dies geschieht vor allem über den Begriff der „Kinder“, an deren Interessen man sich ausrichte und deren Lebensumfeld (eben in der Zukunft) man sichern und bewahren möchte.

„Okay, unser Ziel, das sind wir alle hier am Tisch bei AufgeMUCKt, ist die Schöpfung zu bewahren und unseren Kindern eine gute Zukunft zu sichern, mir gefallen die spielenden Kinder, ich beziehe das auf dieses Bild zurück (*zeigt den Teilnehmern eine Postkarte der Werbekampagne gegen den Flughafen, die sie herausgeschickt haben, Anm. F.B.*), was wir in München, „Stimm' für uns – sei meine Münchner Stimme“, das ist mir so ganz wichtig, ich habe das vorher auch betont, dass ich wirklich stolz bin, dass wir inzwischen 50.000 junge Menschen bei uns haben und nicht nur die alten grauen Köpfe dafür eintreten, dass sie einmal gut beerdigt werden. Wir wollen unseren Kindern eine gute Zukunft sichern. [...] und wir sind ja nicht hier, nur weil wir selbst betroffen sind, wir denken weiter. Gerade wir bei Lichterzeichen, ich bin auch Mitglied der Lichterzeichen, denken an die Bewahrung der Schöpfung, wir denken etwas weiter, wir wollen diese Lage erhalten, wie sie heute noch ist. Das sind meine Gesichtspunkte.“⁸⁷

Entscheidungen der Politik und Engagement der Gruppen sind demnach dann legitim, wenn sie den Interessen Rechnung tragen, den heutigen Kindern ihr Lebensumfeld und ihre zukünftigen Perspektiven zu erhalten oder zu verbessern. Ein solches Motiv lässt sich bei allen Gruppen als anerkanntes Kriterium von Legitimität finden und begründet für Eurogegner, Bahnhofskritiker und – natürlich besonders – Engagierte im Bildungsbereich stets eine Kernfigur der eigenen Argumentation. Denn Nachhaltigkeit, das Bewahren und das Sprechen für die Interessen derjenigen, die dazu (heute) noch nicht befähigt sind, gilt als Ausweis für ein altruistisches Denken und ein glaubwürdiges Eintreten für ein Gemeinwohl, da es nicht um einen selbst gehen soll.

Ein letzter Ansatz, mit dem Legitimität von Entscheidungen und Forderungen von den Protestierenden erklärt wird, ist, wenn sie einer Unabhängigkeit im Urteil entsprechen. Dies korrespondiert mit dem Gedanken, der oben bereits angeführt wurde, demzufolge fachliche Angemessenheit Autorität verleiht. Sich mit Entscheidungen und Schlüssen nicht einer ideologischen oder politischen Strömung unterzuordnen, sondern jeweils das Vorhandensein einer situativ rati-

87 Rainer C3 in der Fokusgruppe C3 Freising am 25.07.2012.

onalen und „besten“ Lösung zu suchen, stiftet in den Augen vieler Protestierenden Legitimität.

Was ihre Demokratievorstellungen anbelangt, lässt sich festhalten, dass für die Gesprächsteilnehmer demokratische Verfahren als solche nur eingeschränkt in der Lage sind, Legitimität zu stiften. Denn dass die derzeitige Politik diesen Vorstellungen nicht entspricht, erwarten die meisten Interviewten.

„...und diese Ziele sind einfach unserer Gesellschaft oftmals gar nicht klar. Es ist gar nicht klar, welche Ziele eigentlich eine Bundesregierung, eine Landesregierung verfolgt und welche Ziele die Bürgerbewegungen verfolgen. Oft scheint es mir so, dass die Bürgerbewegungen die Ziele verfolgen, die sozusagen für die gesamte Bürgerschaft von Vorteil sind. Eben das, was man als gesunden Menschenverstand bezeichnen könnte, und die Politik eben diese persönlich getriebenen Ziele hat und dann muss es natürlich Konflikte geben.“⁸⁸

Als legitim wird in den Gesprächen häufig das beschrieben, was vom Ergebnis her den Protestierenden als kompatibel mit ihren eigenen Vorstellungen erscheint. Legitimität als Ergebnis eines Verfahrens entsteht für sie nur dann, wenn „die Betroffenen“ mit einbezogen werden. Dies ist zum einen äußerst vage und bleibt zum anderen in den Gesprächen auch nur mit Einschränkungen konsequent: Wenn „die Betroffenen“ als Gruppe sehr groß werden, wie etwa bei der Abstimmung zum Stuttgarter Hauptbahnhof, wenn also ein großer Teil der Bevölkerung betroffen ist, werden viele in den Gesprächen enorm skeptisch, ob eine Einbeziehung so vieler Menschen für sie noch wünschenswert ist, da das Ergebnis dann für sie immer weniger kalkulierbar wird und ihnen die Möglichkeiten zur Beeinflussung durch Politik oder die Gegenseite überlegen scheinen. Es lässt sich resümieren, dass eingeübte und etablierte demokratische Verfahren von den Interviewten nur in geringem Maße als Autoritäts- und Legitimitätsquellen anerkannt werden. Der Wunsch nach fachlicher und sozialer Autorität auf der einen und einer im Kern ihnen selbst (als Bürger und Betroffene) entspringenden Legitimität auf der anderen Seite, deuten auf einen Wandel in den Demokratievorstellungen hin.

Von Gleichen und Minderheiten – Kader des Bürgerwillens

Der Umgang mit Gleichheit und Minderheiten als Kernthemen demokratischer Organisation beschäftigt die Gesprächsteilnehmer. Beide Begriffe gehören zu den immer wieder genannten Themen, wenn in den Interviews nach ihrer Idee

88 Olaf C1 in der Fokusgruppe Stuttgart C1.1 am 20.03.2012, 17 Uhr.

von Demokratie gefragt wird. Sowohl „Gleichheit“ als auch „Minderheiten“ als Bezugspunkte für eine *positive* Vorstellung demokratischer Entscheidungsfindung tragen allerdings für die Protestierenden sehr zwiespältige Konnotationen mit sich. Dass ihnen beide Konzepte als irgendwie bedeutsam gelten für eine Demokratie – daran wird kaum Zweifel gelassen. Auch, dass ihr eigenes Engagement einem vage gespürten Ideal von Gleichheit in der Behandlung durch die Demokratie sowie einer Anerkennung von Minderheitenschutz wenn nicht ursächlich entspringt, dann aber doch durch diese verstärkt wird, machen die Gesprächspartner deutlich. Auf der anderen Seite aber stehen ihnen beide Begriffe *auch* als prototypisch für Fehlentwicklungen, die sie zu erkennen meinen.

Gleichheit etwa steht oftmals im Zentrum ihrer Kritik an der zeitgenössischen Demokratie. Hier entspringt die Vision von Gleichheit einer Vorstellung von Transparenz und Information, die eine *Waffengleichheit* für die Einflussmöglichkeiten in Politik und Gesellschaft einfordert. Gleichheit sei unabdingbare Voraussetzung für eine Demokratie, damit jeder gleiche Möglichkeiten habe, seine Interessen einzubringen.

Für Waldemar G2 klingt Gleichheit genau danach:

„Die Demokratie braucht interessierte und dann informierte Bürger und (*unverständlich, Anm. F.B.*) also, eine ideale Demokratie bräuchte ideale, hundertprozentig informierte und interessierte Bürger und bräuchte dann ja auch hundertprozentige Transparenz.“⁸⁹

Auf den Punkt gebracht rührt die Forderung nach Gleichheit bei Protestgruppen von dem Gefühl her, gegenüber Politik und Wirtschaft eben nicht gleichrangig zu sein, sondern benachteiligt zu werden. Gleichheit als Ideal zielt in den Gesprächen auf eine demokratische Organisation, die die Idee von Rechtsstaat und von Gleichheit von Einfluss verteidigt. Manuela C3 von den Freisinger Gruppen, die sich gegen den Flughafenausbaunördlich von München engagieren, illustriert dieses Ansinnen mit einer sehr plastischen Geschichte:

„Weil Sie gerade gesagt haben, die Macht geht vom Volke aus. Ich erinnere mich ganz stark an eine Szene bei den Einwendungen, wo ein junger Landwirt aufgestanden ist und gesagt hat, das Volk ist der Souverän und warum sitzen Sie da oben und ich stehe hier unten? Das habe ich ganz stark in Erinnerung, also eigentlich haben wir irgendwie... das ist der größte Teil in der Demokratie und gleichzeitig merken wir es oft gar nicht mehr. Also, das ist für mich die Diskrepanz im Moment und diese „Gleichheit“, was bei uns eigentlich auch besteht, also Gleichheit und Einigkeit gehört für mich auch zur Demokratie mit dazu, als Verständnis. Und ja, auch im Kleinen, für mich sind jetzt auch [die] in diesem Sinne

89 Waldemar G2 in der Fokusgruppe G2 Stuttgart am 02.04.2012.

direkt erlebbaren demokratischen Prozesse, sozusagen in dessen Zusammenschluss oder auch im Gemeinderat, wenn wirklich einfach mal persönlich geredet wird, das [sind] so für mich sehr fühlbare demokratische Erlebnisse [...]“⁹⁰

Dies ist allerdings insofern mit Einschränkungen wörtlich zu nehmen, weil an anderer Stelle bereits auf die Skepsis hingewiesen worden ist, das Prinzip allumfassender Gleichheit auch zur Basis konkreter Entscheidungen zu machen. Solange es um theoretische Gleichheit des Einflusses geht, bleiben die meisten gelassen – die eigenen Ressourcen und Erfahrungen im Protest haben sie selbstbewusst gemacht. Eine formalisierte Gleichheit aber, etwa im Sinne einer direktdemokratischen Beteiligung, empfinden viele als wesentlich problematischer. So trifft man in den Interviews denn auch häufig auf eine andere Füllung des Begriffs Gleichheit. Dass Politik, Parteien und Politiker ein Interesse hätten, Menschen „gleich“ zu machen, ihnen ihre Vorstellungen unterschiedslos aufzuoktroyieren, lässt viele misstrauisch und ablehnend gegenüber Gleichheit als einem Pfeiler besserer Demokratie und Gesellschaft werden. Dazu mag auch beitragen, dass die hier in der Arbeit entwickelten Vorstellungen der Protestierenden von sich selbst als hochindividuelle, aufgeklärte und rationale Bürger Gleichheit als eingemeindendes Konstrukt auf wenig Gegenliebe stoßen lassen. Gleichheit, in diesem Sinne verstanden, lässt sie (wieder) ins Glied der Gesellschaft treten, aus der sie sich ja auch durch Erkenntnis und Engagement ein wenig erhoben haben. Diese Konnotation findet sich durchaus an vielen Stellen, nirgendwo aber so prägnant wie bei denjenigen Protagonisten der Euro-Gegner-Gruppen, welche sich mit einem liberalökonomischen Hintergrund engagieren. Hier wird gar Bezug genommen auf das berühmte Bonmot von Margaret Thatcher („There is no such thing as society!“), um zu unterstreichen, welche Form einer besseren Gesellschaft ihnen vorschwebt:

„...deswegen geht es darum, ein System zu finden, dass die individuellen Präferenzen am besten verwirklicht. Wenn die alle verwirklicht werden, ist da eher dem Freiheitsziel gedient. Oder Freiheit und individuelle Präferenzen. Das hängt miteinander zusammen und damit auch Bürgerwille. [...] Also es gibt eigentlich nicht so etwas wie die Gesellschaft. Es gibt die Individuen und die mit Verträgen miteinander verbunden sind, dadurch ihre Präferenzen zum Ausdruck bringen. Wir denken nicht, dass die Gesellschaft irgendetwas Übergeordnetes ist. Das würden wir schon als totalitär betrachten.“⁹¹

90 Manuela C3 in der Fokusgruppe C3 Freising am 25.07.2012.

91 Einzelinterview Bruno G6.

Ein dritter Gebrauch der Idee von Gleichheit allerdings widerspricht dieser radikalindividuellen Vorstellung und unterstreicht vielmehr, dass die Interviewteilnehmer davon überzeugt sind, dass es ihre Bündnisse und Gruppen sind, innerhalb derer sie von einer Gleichheit ausgehen, die von ihnen als außerordentlich positiv empfunden wird. Sowohl die internen Hierarchien, als auch das gemeinsam empfundene Streben nach einem Ziel des Engagements machten sie psychologisch „gleich“ – auch wenn etliche Zitate doch darauf schließen lassen können, dass der konkrete Führungsanspruch Einzelner in ihren Gruppen dieser Vorstellung deutlich widerspricht.

„...wenn wir uns dann in den heißen Phasen getroffen haben dann kam gelegentlich auch die Kritik, ihr macht das immer so von oben, wir wollen doch immer basisdemokratisch entscheiden, dann habe ich gesagt, nein. Effektiv ist dafür nicht die Zeit und wir sind ja nicht hier, um jetzt schöne Reden zu schwingen, sondern wir sind hier, um dieses Volksbegehren ja mit möglichst vielen Unterschriften zu Ende zu bringen. Das ist eine sachliche Herausforderung und die gehen wir einfach so an, wie wir es aus unserer beruflichen Erfahrung heraus wissen, dass es der effektivste Weg ist. Aus die Maus.“⁹²

Festzuhalten wären mit Blick auf Gleichheitsvorstellungen drei zum Teil miteinander ringende Begriffsfüllungen, die jeweils wieder andere Implikationen haben, wenn nach Utopien oder Demokratievisionen gefragt wird. Zunächst und deutlich spürbar empfinden viele Protestierende, dass ideal wäre, wenn alle (bzw. alle Betroffenen, was ihnen ein großer Unterschied ist) an Entscheidungen beteiligt und insofern alle „gleich“ vor Recht und Gesetz wären, alle gleich von Transparenz der Entscheidungsfindung profitieren würden. Andererseits machen viele deutlich, dass ihnen wichtig sei, dass niemand „gleich gemacht“ werde und dass besonders ihre persönliche Individualität unangetastet bleibe. Beide Forderungen kritisieren ganz explizit die von ihnen beobachtete, zeitgenössische repräsentative Demokratie. Als drittes wäre noch anzufügen, dass als der „gute“ Hort von Gleichheit den Protestierenden die eigene Gruppe des Engagements, der Nahbereich und das Lokale gelten.

Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass Gleichheit in den Ideen eines besseren Zusammenlebens einen durchaus starken und auch nur oberflächlich kaschierten instrumentellen Charakter besitzt. Während an mancher Stelle brüsk jede Vorstellung der Protestierenden selbst als einer „Gleichheit“ unterstehenden Gesellschaft abgelehnt wird, gibt es – zum Teil innerhalb weniger Sätze umschwenkend – kaum Hemmungen, ganz pauschal unter dem Stichwort eines nicht zu hinterfragenden Bürgerwillens einzugemeinden und damit die Mehrheit

92 Einzelinterview Hagen E4.

„gleich“ zu machen. Je nachdem, wie es gerade passt, wird Gleichheit zum Menschenrecht oder zur knechtenden Rute der Herrschenden.

Denn ob die Mehrheit in einer Gesellschaft eine stabile, verlässliche Grundlage für eine Demokratie bilden könne – diese Frage betrachten die Interviewpartner mit unverhohlener Skepsis. Zeit, Kraft und das Vermögen, komplexe Sachverhalte durchdringen und beurteilen zu können, sehen sie ungleich über die Gesellschaft verteilt; diese machen für sie aber den Kern demokratischer Urteilsfähigkeit und – in vielen Gesprächen schwingt genau das mit – Urteilsberechtigung aus. Als Schablone kann eine Unterhaltung zwischen Waldemar G2, Raffael G2 und Torsten G2 stehen, die sich im südwestdeutschen Raum gegen die europäische Währungspolitik engagieren:

„Waldemar G2: [...] für mich ist die Frage, die dann diese Idealdiskussion beendet: Ist die Masse überhaupt interessiert und informiert? Das erleben wir jetzt bei unserer ESM-Geschichte schmerzhaft, das haben wir früher bei der Nachrüstung erlebt, oder am Anfang der Umweltbewegung.

Raffael G2: [...] Wir haben sehr viele Leute, die studiert sind, die sehr schlau sind, aber wir haben halt auch viele in der Bevölkerung, die das nicht sind, die das auch gar nicht als Hobby haben, also ich hab halt auch Politik als Hobby und dann informierst Du Dich mehr und, Du handelst ja auch immer nur so weit, wie du's gerade weißt, oder nicht weißt. Aber das ist halt eben das Problem...

Waldemar G2: ...lass ihn mal Frau und Kinder haben, er hockt ja vorm PC, Du kannst im Facebook was schreiben, Tag und Nacht, egal, ich steh immer sehr früh auf und der antwortet Dir was. Lass ihn mal Frau und Kinder haben, dann nimmt das mit dem Informiertsein und mit der Partizipation schlagartig ab.

Torsten G2: Ich versteh dieses Argument so, dass gerade das die Demokratie im Prinzip nicht berechtigt. Also gerade wenn die Masse sozusagen dumm ist, also um das mal so plump auszudrücken, sollte die Demokratie im Prinzip nicht so in der Form existieren. Also seh` ich grad als Gegenargument dafür..⁹³

Fast zynisch wird bisweilen über das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit in einer Demokratie räsoniert:

„Und dann Mehrheiten, weil leider Gottes die Mehrheiten das Argument für alles sind und die haben das Sagen, egal wie kompetent, egal wie transparent der Prozess, egal wie kompetent die Wählenden. Und der Mensch möchte, glaube ich, lieber bei den Gewinnern als bei den Verlieren sein. Dafür schmeißt er auch notfalls ein paar Sachen über Bord.“⁹⁴

93 Fokusgruppe G2 Stuttgart am 02.04.2012.

94 Perry C2 in der Fokusgruppe C2.2 Stuttgart am 20.03.2012, 20 Uhr.

Besonders kleine Protestgruppen haben sich dabei in ihrer Rolle gut eingerichtet und sehen gerade ihre Minderheitenposition als Beweis für inhaltliche Stärke und die beschriebene konzeptionelle Reinheit – dass sie eben noch nicht auf das „verwaschende“ Element der Mehrheitsgewinnung eingegangen sind. Dieses Element einer „gerechten“ Minderheit findet sich dort noch verstärkt, wo die wahrgenommene Front der Gegner besonders breit scheint. Wenn sich viele oder gar alle politischen Parteien bezüglich eines Themas einig sind oder wenn es ein Junktim zu geben scheint zwischen Parteien, Exekutive und Wirtschaftsunternehmen – dann wird einer Bürgerinitiative oder einer Protestgruppe die eigene Minderheitenposition auch aus demokratischen Gesichtspunkten zentral. In Abstufungen findet sich dieses Moment in fast allen Protestfeldern und Gruppen: Die Gegner der Schulreform in Hamburg etwa sahen sich einer Phalanx aller Parteien gegenüber, die Eurogegner wännen eine Verabredung der gesamten politischen Klasse Europas, jede Kritik an der gemeinsamen Währung vom Tisch zu wischen, und auch in Stuttgart und den Protesten um den Bahnhof haderten viele mit der vermeintlichen Verbindung aus Politik und Wirtschaft.

Dass Minderheitenschutz in einer Demokratie von den Gesprächspartnern, die sich selbst als Minderheit empfinden, als ungemein wichtig erachtet wird, ist daher einerseits intuitiv nachvollziehbar. Andererseits aber geben sich die Protestierenden enorm vorsichtig, wenn Kleingruppen in einer Gesellschaft eine Art Veto- oder Verhinderungsposition eingeräumt bekommen sollen. Dies mag damit zu tun haben, dass sie sich selbst zwar oftmals als manifeste Minderheit, aber als Vertreter einer schweigenden Mehrheit und des mehrheitlichen, noch nicht offiziell geäußerten Bürgerwillens verstehen. Denn als Gruppen, die lediglich eigene Partikularinteressen verfolgen, sehen sich die Gesprächspartner mitnichten. Gegenüber *solchen* Minderheiten versuchen sie sich im Gegenteil abzugrenzen – und übersetzen dies auch in ihre Vorstellungen eines demokratischen Umgangs mit Minderheiten, bei denen sie zwei Seelen in der Brust spüren.

„Manuela C3: Ich würde gerne noch etwas zu dem Thema [sagen], wie geht man mit Minderheiten um, oder wie sollte man umgehen, weil laut der Definitionen waren wir ja Minderheit, oder? Und zwar eigentlich eine nicht zu beachtende Minderheit. So habe ich das eigentlich ganz viele Jahre erlebt. Also wir sind da irgendwie am Ende von München im Norden und deswegen [versammeln] sich gerade ein paar Bürger und regen sich auf, weil sie da ein Haus haben. Also das hat man in München sehr lange gehört, so nach dem Motto St.-Florians-Prinzip: ihr regt euch ja nur auf, was bei euch vor der Haustür ist und wenn es woanders wäre, wäre es ja egal.

[...]

Sybille C3: [...] also ich denke, es ist ganz wichtig, diese Minderheiten anzuhören und zumindest dann zu reden und zu begründen zum Beispiel, warum er diese Meinung nicht teilt oder so, weil ich meine, es gibt auch Minderheiten, die nur Privatinteressen vertreten, also man kann da nicht immer hinter Minderheiten stehen...⁹⁵

Minderheitenschutz als demokratisches Fundament, als Schutz derjenigen in einer Gesellschaft, die drohen, gegenüber der Mehrheit zu verschwinden und via Mehrheitsvotum Rechte einzubüßen, wird unterstrichen und betont – aber eher in kleinräumigen, lokalen Kontexten als überhaupt relevant beschrieben:

„...Demokratie muss natürlich auch Minderheiten beachten und zwar Minderheitenschutz garantieren und ich denke, das funktioniert eigentlich nur auf kommunaler Ebene, also in einer kleinstmöglichen Einheit.“⁹⁶

Für eine abstrakte Fragestellung nach der Rolle von Minderheiten in einer Demokratie verstehen sich Protestierende selbst eben auch als Fürsprecher und Repräsentanten eines Allgemeinwohls und damit einer gesellschaftlichen Mehrheit, der bis dato schlichtweg noch eine numerisch machtvolle Manifestation, Einsicht oder Sprachfähigkeit abgeht.

Wenn also über Minderheiten in den Gesprächen und Gruppendiskussionen diskutiert wird, stechen drei Punkte hervor: Zum einen, dass die Teilnehmer betonen, dass Minderheiten sich in anzuhörende und nicht anzuhörende Minderheiten einteilen lassen – je nachdem, ob sie ein berechtigtes Partikularinteresse verfolgen oder nicht. Zum anderen genießen die Protestierenden selber das Gefühl, einer rebellischen Minderheit anzugehören. Und drittens, in dieser Funktion aber eben *für* die Mehrheit zu formulieren und zu arbeiten, für das Wohle aller – in diesem Sinne also wieder keine Minderheit zu sein.

Dieser Widerspruch und die damit einhergehende soziale Spaltung werden in den Gesprächen durchaus thematisiert. Manchmal entsteht gar eine Art schulterzuckender Betroffenheitsgestus darüber, dass es ja die starken Gruppen innerhalb einer Gesellschaft seien, die ihre Interessen besonders gut verlautbaren können.

„Ich finde es auch schwierig, im Vorfeld im Idealfall alle mitzunehmen. [...] Ich finde diese Prozesse irgendwie sehr schwierig und wenn man irgendwie, es gibt ja ab und zu immer so Übersichten hier in Hamburg, welche Stadtteile sich am stärksten irgendwo engagieren und das sind dann oft Machtverhältnisse, das sind dann die Leute, die gut infor-

95 Fokusgruppe C3 Freising am 25.07.2012.

96 Udo G2 in der Fokusgruppe G2 Stuttgart am 02.04.2012.

miert sind, die über gute Kanäle verfügen auch zu anderen Machtleuten, und das finde ich schwierig aufzudröseln und diesen Idealfall, der mir da auch vorschwebt, irgendwie zu erreichen.“⁹⁷

Und Renate E2 sekundiert wenig später:

„Ganz einfach, wer Geld hat, wer die Werbung beherrscht, der hat gewonnen.“⁹⁸

Gleichwohl bleibt die Erkenntnis der Protestierenden, dass es für die Qualität der Entscheidungen in einer Demokratie notwendig wäre, entweder zu erreichen, dass diejenigen besonderen Einfluss bekommen, welche die Sachverhalte und ihre Konsequenzen durchdringen – oder aber langfristig darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Menschen diesen Status erlangen. Es ist eine Demokratie der Gebildeten, Sprachfähigen, die ihnen vorschwebt.

„...das liegt daran, dass eine Demokratie ja einen mündigen Bürger voraussetzt, weil nur ein mündiger Bürger ist überhaupt in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die für ihn richtig sind. Und was zu beobachten ist, [...] man müsste sozusagen bei Adam und Eva anfangen. Also bei der Erziehung im Prinzip. Bei der Erziehung im Elternhaus, in der Schule, um überhaupt Menschen zu bekommen, im Allgemeinen, also nicht nur einzelne, sondern praktisch in der breiten Masse, die überhaupt in der Lage sind, zwischen Werbung und Wahrheit zu unterscheiden.“⁹⁹

Die Gesprächspartner sind überzeugt, dass es Menschen gibt, die auch in ihrer Vorstellung einer besseren Demokratie nicht in der Lage wären, selbst gleichwertig teilzunehmen. Entweder, weil sie intellektuell nicht fähig sind, zu folgen, weil sie nicht das Selbstbewusstsein besitzen oder auch, weil sie nicht zu einer ähnlichen Engagementintensität fähig sind wie die Protestierenden selbst. Dieses Dilemma wird aber weithin akzeptiert und sogar stellenweise als notwendig unterstrichen, um bessere, fundierte Entscheidungen herbeizuführen. Denn schließlich sind fehlende Allgemeinwohlorientierung und zu geringe fachliche Qualifikation auch zwei zentrale Punkte der Kritik der Protestierenden gegenüber der zeitgenössischen, repräsentativen Demokratie. Und folgerichtig konzentrieren sich dann auch die Vorstellungen von möglichen Verbesserungen auf diese Felder: dass es – wie bei den Protestierenden selbst – nicht jedem Politiker zu jeder Zeit seines Lebens möglich sein könne, mit hohem Engagement und Motivation

97 Norah E2 in der Fokusgruppe E2 Hamburg am 07.05.2012.

98 Renate E2 ebenda.

99 Malte C1 in der Fokusgruppe C1.1 Stuttgart am 20.03.2012, 17 Uhr.

Politik zu machen. Auch Politiker und Beamte könnten sich, wenn überhaupt, nur einem Teil ihrer Arbeit (und auch nur über eine geringe Zeitspanne) mit wirklichem Herzblut widmen:

„Dann vielleicht wirklich, äh dass nicht jeder Beamte sein ganzes Leben lang die Euphorie aufbringen kann, die vielleicht nötig wäre für den Job, den er da tut, das kann ich nachvollziehen. Aber dann muss man das eben irgendwie bereichern. Also dann muss man andere Leute dazuholen, die darauf Bock haben. Und vielleicht muss das gar nicht so viel kosten.“¹⁰⁰

Für die Teilnehmer an den Gesprächen mischen sich für eine bessere Demokratie also zwei wichtige Faktoren: Das „Bock drauf haben“, also die Lust, sich zu engagieren, und das „Wissen und Können“, also die fachlichen Ressourcen. Da gerade aber ersteres – auch aus der Erfahrung der Protestierenden selber – keine dauerhafte Antriebsquelle sein muss, erscheint ihnen das Prinzip einer auf längere Zeit angelegten Repräsentation verfehlt.

Korrekturinstanz und der Segen des Ortes: Demokratievisionen

Wenn bei der Betrachtung der Krisenwahrnehmung durch die Teilnehmer an Bürgerprotesten festgestellt worden ist, dass diese eng mit den jeweiligen Erfahrungen im Engagement zusammenhängen, so springt eine solche Parallele beim Blick auf ihre Demokratiehoffnungen oder –visionen ebenfalls ins Auge. Dies ist insofern verständlich, wenn über die Dynamik von Krisenempfinden und die Wechselwirkungen mit dem eigenen Engagement davon ausgegangen werden kann, dass die Arbeit gegen politische Projekte und Entwicklungen sowie das Formulieren von Alternativen auch die Vorstellungen beeinflussen, wie möglicherweise die Entscheidungsfindung in einer Gesellschaft besser gestaltet werden könnte.

Teilnehmer von Bürgerprotesten blicken auf die Demokratie in Deutschland mit der Brille der Erfahrungen, die sie selbst in der Arbeit mit den Repräsentanten dieser Demokratie gemacht haben – und gleichzeitig bilden ihre eigenen Initiativen und Bündnisse eine Handlungsebene, auf der sie im Kleinen versuchen, eine bessere Entscheidungsfindung zu organisieren. Die Gruppen, in denen sich die Interviewpartner dieser Arbeit engagieren, sind – es ist bereits vielfach bestärkt worden – in ganz unterschiedlicher Form und Funktion zusammengesetzt. Ähnlich bunt und heterogen sind die Ideen, die ihnen bezüglich einer „besseren“ Demokratie in Deutschland vorschweben. Nur: Diese sind jeweils gekoppelt und

100 Einzelinterview Frederik C1.

zurückzuverfolgen auf die Erfahrungen, die die Gesprächspartner jeweils mit ihren Gruppen gemacht haben. Kurz: Bürgerprotestler wünschen sich eine Demokratie, die mehr durch Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen bestimmt wird und in der ihre konkrete Arbeit einen wesentlich größeren Stellenwert bekommt. Diese Vorstellungen werden allerdings mit unterschiedlichen Beispielen und Begründungen vorgetragen und mit differierenden Perspektiven auf Wert und Zustand der repräsentativen Parteiendemokratie verknüpft.

Ganz grundsätzlich empfinden die meisten Interviewteilnehmer, dass eine bessere Demokratie mehr Aspekte in sich tragen sollte, die sie selbst als Kern von Protestgruppen und Bürgerinitiativen betrachten. Zunächst einmal, ganz basal, findet die Feststellung weithin Zustimmung, dass eine größere Erkenntnis über die eigenen Rechte als Bürger innerhalb einer Gesellschaft zentral für die Qualität einer Demokratie sei. Die Bevölkerung müsse, um eine Demokratie qualitativ zu verbessern, „Lernprozesse“ durchlaufen, ähnlich denjenigen, die viele Protestierende für sich selbst beschreiben:

„...weil ich jetzt schon zwei Mal erlebt habe in meinem Leben, [nach] ‘45 [...] und habe [...] bei der Arbeit, die die Amerikaner mit uns im Allgäu gemacht haben, so ein bisschen einen Lernprozess „Demokratie“ erfahren. Also dass war von 1945 bis 1950 und jetzt erlebe ich das an einem Lernprozess seitdem die Mauer gefallen ist zum zweiten Mal bei einem Teil der Bevölkerung, aber wir hatten damals einen Lernprozess, der uns aufkrotyert worden ist durch die Besatzungsmacht. Die uns gesagt haben, ihr müsst das jetzt lernen und mir ist dann so allmählich auch klar geworden, dass wir etwas lernen müssen, aber wer lenkt jetzt so einen Lernprozess heute auch in unserer Gesellschaft, von Bürgerrechten etwas zu lernen?“¹⁰¹

Diesen Lernprozess, bei dem ausgehend von einem konkreten Thema die Missstände in Politik und Gesellschaft „verstanden“ und thematisiert werden, bei dem die Protestarbeit dann rasch über den Anlass hinauswächst und insgesamt die Demokratie und das Zusammenleben in den Blick nimmt, schildern viele Protestierende für sich selbst und nehmen ihn auch als eines der wichtigen Rezepte für eine Verbesserung der Demokratie allgemein.

Über diese Erkenntnis sehen sie den Keim einer Verbesserung demokratischer Organisation im Entstehen neuer Werte und Normen gerade *durch* das Engagement von Menschen wie ihnen.

„...ich glaube, nur hier kann Veränderung stattfinden. Ich glaube, Veränderung kann da stattfinden, wo es den Leuten gut geht, wo sie Bildung haben und wo sie verstehen kön-

101 Theodor C3 in der Fokusgruppe C3 Freising am 25.07.2012.

nen, wo die Entwicklung, die gerade passiert, hinführt. Und wir sind diejenigen, die am allerhehesten was dagegen tun können. Deswegen, wie ihr auch sagt, bin ich so dankbar, jetzt in Stuttgart sein zu dürfen und mitzubekommen, dass die Hoffnung einfach nicht tot ist. Also, dass Leute hier sich einsetzen und dass Leute die Energie haben und zwar an dem Punkt, wo man wirklich Veränderung bewirken kann.“¹⁰²

Soziale Bewegungen und Bürgerproteste werden auf diese Weise zur Quelle einer besseren Demokratie in Deutschland und nehmen auch in den geäußerten Hoffnungen vieler Interviewteilnehmer eine tragende Rolle ein – sie sind ihnen der Garant für eine Verbesserung der empfundenen Krise.

„Schwer zu sagen, weil natürlich auch ein Lernprozess stattgefunden hat. Wenn ich die sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik betrachte, dann denke ich, dass das, was da als Verfassungstext erarbeitet worden ist vom Parlamentarischen Rat und so weiter, dass wir schon erstaunlicherweise vieles von diesem Verfassungstext uns auch durch die sozialen Bewegungen angeeignet haben. Das ist nicht nur negativ, dass es ein Abstieg ist, sondern die sozialen Bewegungen haben bewirkt, dass hier in unserem Land in gewissen Bereichen – hier denke ich natürlich an den Kampf gegen Atomkraft und Atomwaffen oder Stuttgart 21 und die vielen anderen Beispiele, die man jetzt hier nennen könnte – es ist schon erstaunlich, wie viel auch demokratische Strukturen in diesem Land aufgebaut wurden sind, durch die sozialen Bewegungen.“¹⁰³

Das Erzählmotiv des Lernprozesses und generell des „Lernens“ ist in erster Linie bei Protestierenden zu finden, die auf eine längere Protestbiographie und generell auf ein höheres Alter zurückblicken können – ein größerer Fundus an Erlebnissen, gewissermaßen als Erzählfundament, um die eigene Transformation durch Lernen zu verdeutlichen, scheint diese Sichtweise zu befördern.

Eine ideale Demokratie besteht für die Protestierenden aus Menschen, die eine ähnliche Sicht auf Gesellschaft und Politik ausgeprägt haben wie sie selbst und die eine ähnliche Perspektive auf die dafür nötigen Ressourcen einnehmen. Idealismus, Motivation, fachliches Wissen, Bildung und Engagement sind ihnen die Schlüssel, um die von ihnen diagnostizierte Krise der Demokratie zu bekämpfen. Sie haben persönlich die Erfahrung gemacht, dass ihr Engagement aus ihnen politische, „demokratischere“, „bessere“ Menschen gemacht hat – und deswegen wünschen sie sich, dass Politik, Parteien und Politiker sich ihrem Ideal annähern.

102 Raik C2 in der Fokusgruppe C2.2 Stuttgart am 20.03.2012, 20 Uhr.

103 Tilmann C1 in der Fokusgruppe C1.1 Stuttgart am 20.03.2012, 17 Uhr.

„...es ist die beste, aber eine schwierige Staatsform, die von dem Einzelnen eine ganze Menge verlangt. Engagement, Disziplin, Fantasie. Und immer ist sie in Gefahr und man muss sie immer neu erkämpfen. Sie braucht ein Maß an Interesse, für das, was im Tagesgeschehen stattfindet, was manche nicht aufbringen. Und sie erfordert zumindest die Kenntnisse im Lesen und Schreiben. Was auch immer ein zunehmender Teil nicht aufbringt. Und es ist die Frage, kann der an der Demokratie wirklich teilnehmen? Es gibt eine viel größere Zahl von Menschen, die keine Ahnung haben, wenn man sie fragt: „Wer ist Hamburger Bürgermeister? Oder „Welche Partei ist gerade in Hamburg an der Regierung?“, als man so denkt. Wenn man einmal auf der Straße war, da kriegt man da eine Menge mit. Das Problem, bei der Demokratie werden die Leute ja gewählt. Und die Führungspersonen, die man wählt, die müssen eine gewisse Ausstrahlung haben, die müssen bekannt sein. Sie müssen aber Eigenschaften haben, die man nicht unbedingt zu den Tugenden zählt. Ein Übermaß an Bescheidenheit, so nett es im Familienkreis ist, für einen Politiker ist es eine ungeeignete Eigenschaft und deren gibt es mehr.“¹⁰⁴

„Zwei Stichworte, die mir spontan einfallen. Engagement, was eben jeder Einzelne mitbringen muss, dass es eben funktioniert, Demokratie und äh Kompetenz. Das ist vielleicht ein bisschen komisch [...], aber ich finde [...], das ist natürlich das Schwierige an richtiger gelebter Demokratie. [...] Die, die sich beteiligen würden, sollen nicht nur aus dem Bauch heraus entscheiden, sondern eben auch entsprechende Kompetenzen mitbringen.“¹⁰⁵

Dass ihr eigenes Engagement zu viel unmittelbaren, direkten Demokratieerlebnissen führe und ihnen selbst gezeigt hat, welche Gefühlswelten eine Partizipation an der Diskussion über Entscheidungsprozesse auslösen kann, veranlasst sie zu der Annahme, dass in ihren Organisationsprinzipien, Mobilisierungen und Herangehensweisen Mittel für eine Begegnung der von ihnen eigentlich bedauerten Politikverdrossenheit liegen. Hagen E4 schildert dies in seinen Erzählungen seiner Erfahrungen im Engagement im Rahmen der Hamburger Bildungsproteste.

„Wir haben einmal hier in Hamburg eine Situation geschaffen, die von, sagen wir mal, März bis Sommer 2010 dauerte, die zu einer sehr starken Politisierung und, würde ich sagen, zu einem doch starken Demokratiebewusstsein in der Stadt geführt hat bei sehr vielen Menschen, die sich sonst eben, wie ich früher auch, eigentlich was Politik anging, nur darauf beschränkt haben, ab und zu zu einer Wahl zu gehen, ihr Kreuz zu machen und das war's aber im Prinzip. Und ansonsten passiv Zeitung zu lesen und vielleicht ein bisschen mal zu besprechen oder zu diskutieren, aber sich nicht selber einzubringen. Und in dieser

104 Ulrike E1 in der Fokusgruppe E1 Hamburg am 20.03.2012.

105 Olaf C2 in der Fokusgruppe C2.2 Stuttgart am 20.03.2012, 20 Uhr.

Phase und auch im Volksbegehren, vorher im Herbst 2009 war es so, dass plötzlich alle Menschen, die man so traf in der Stadt, aber egal wo, nicht jetzt irgendwie speziell Bildungsbürgertum oder West End oder so. Auch in Billstedt und Harburg und sonst wo. Egal wo man stand, auf Leute traf, die plötzlich merkten, dass sie selber Politik mitgestalten können in so einem Volksgesetzgebungsverfahren jedenfalls, dass also wenn in Billstedt der türkische Vater kam und sagte, geben Sie auch gleich mal noch ein paar Listen mit, ich spreche auch meine Kollegen an, dann merkte man, dass jeder merkte, man kann was machen. Klar, und jede Stimme zählt nur eine Stimme, aber wenn alle ganz viel zusammenhalten, funktioniert es. Und das war also natürlich auch ein unmittelbareres Erleben von Demokratie und Mitwirkung an politischen Prozessen, als es bei einer Wahl ist. Bei einer Wahl wählt man halt eine Partei im Wesentlichen und muss dann gucken, dass die auch das umsetzt, was sie mal versprochen hat und in ihren vielen Gremien irgendwann mal so an Thesen entwickelt. Aber die parteilichen Willensbildungsprozesse sind halt doch sehr viel schwerfälliger. In so einem Volksgesetzgebungsverfahren, wo es um ein konkretes Anliegen geht, ist es natürlich auch leichter verständlich und nachvollziehbar und auf sich selber zu beziehen, weil es eben dann sozusagen Hopp oder Top ist..¹⁰⁶

Schaut man weitergehend auf die Vorstellungen der Protestierenden, wie dieses Ideal einer Demokratie von engagierten Bürgern weitergedacht werden und was Umsetzungskanäle oder Mechanismen sein könnten, muss wiederum zwischen den Zeilen gelesen werden. Viele sind bemüht, sich nicht naiv zu geben und unterstreichen deutlich, dass es keine ideale Form einer Demokratie gebe, die sie nun skizzenhaft aus dem Hut zaubern könnten. Etablierte, eingefahrene und über Jahrzehnte ausgefeilte Verwaltungsabläufe ließen sich nicht per Federstrich ersetzen, ohne gravierende Effektivitätsverluste in Kauf nehmen zu müssen. Hier mischen sich allerdings zwei unterschiedliche Perspektiven: einerseits diejenigen, die unterstreichen, dass es so etwas wie eine ideale Demokratie für eine ganze Gesellschaft gar nicht geben könne, es zwecklos sei, darüber zu beraten.

„Ja, aber die Frage ist, wie man das regelt und ob es, wenn es momentan nichts Besseres gibt als die parlamentarische Demokratie, dann kann man sich ja mal überlegen, in welche Richtung das ginge, aber ich sehe das noch nicht, zumindest das, was jetzt an Volksgesetzgebung ist, hat diese Risiken.“¹⁰⁷

Auf die Spitze treiben dies die Eurogegner, die sich selbst im originär liberalen politischen Spektrum verorten. Hier antwortet idealtypisch Volker G2 auf die

106 Einzelinterview Hagen E4.

107 Renate E2 in der Fokusgruppe E2 Hamburg am 07.05.2012.

Frage, wie für ihn der ideale Umgang innerhalb einer Demokratie mit Interessenskonflikten aussehe: „Das gibt’s nicht.“¹⁰⁸

Auf der anderen Seite äußern gerade die Gruppen, die in direkten Abstimmungsverfahren unterlegen sind, deren Hoffnungen mit den Entscheidungsverfahren zerrieben, die sie im eigentlichen Sinne gefordert oder erhofft hatten, ein sehr viel inklusiveres Verständnis von Demokratie und unterstreichen den vermittelnden Charakter repräsentativer Verfahren.

„Ich habe mich nicht für die direkte Demokratie ausgesprochen. Ich denke, es gibt Themen, wenn es um die Privatisierung von Krankenhäusern geht oder Bildung ist keine Ware, wo jeder nicht so ganz persönlich angesprochen ist, aber gesellschaftlich natürlich schon, da können diese Beteiligungsverfahren etwas bringen, aber in dem Maße wie, also wie gesagt, „wenn ich hier mein Liebstes mit den Schmutzkindern in die Schule geben soll“, dann sage ich doch lieber „länger gemeinsames Lernen ja, aber bitte nicht für mein Kind“, und ich habe dann eine entsprechende Lobby hinter mir mit viel Geld und dass diejenigen, die das anders sehen oder auch andere Bedürfnisse haben und gar nicht das Geld haben, es in dieser Auseinandersetzung reinzugeben, deswegen wäre ich weiterhin dafür, dass solche Entscheidungen über die parlamentarische Demokratie laufen.“¹⁰⁹

Die Mitglieder dieser Gruppen, wie hier etwa der unterlegenen Initiativen in der Hamburger Auseinandersetzung zur Schulreform, sind erheblich vorsichtiger, wenn es um die Beschneidung der Kompetenzen von Parteien und Verwaltung geht. Dies kann auch nicht verwundern, fühlten sie sich doch in ihrem Vorhaben von allen Parteien der Hamburger Bürgerschaft unterstützt, während sie anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen unterlagen.

Ein positives, klares Bild hingegen, wie eine stärkere Beteiligung konkret auszusehen hätte, äußert kaum jemand in den Interviews. Und vielleicht ist auch das verständlich, ist doch in den Passagen zum Selbstverständnis der Protestierenden herausgearbeitet worden, wie aufgeklärt und rational und eben wenig hochfliegend sich die Gesprächspartner selbst sehen. Ein zu weit in die Zukunft weisendes, gar utopisches Plädoyer für die Umgestaltung der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung mag dieses Bild ins Wanken bringen und wird vermieden. Strategische Überlegungen zum konkreten Fall, Lehren, Erfahrungen – das ja, aber eine Wunschliste der schönsten Demokratievisionen? Dies würde das Selbstbild zu stark gefährden, nach dem man sich auch dem Rest der Bevölkerung an situativem Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Funktionsmechanismen überlegen fühlt.

108 Volker G2 in der Fokusgruppe G2 Stuttgart am 02.04.2012.

109 Renate E2 in der Fokusgruppe E2 Hamburg am 07.05.2012.

Wenn es allerdings ein Bild gibt, welches als *positive* Rollenidee für eine bessere Demokratie weithin geteilt wird, dann ist es das der *Korrekturinstanz*. Denn viele schildern in ihren Antworten zu den Demokratievorstellungen – zwar vergleichsweise unbestimmt und vage –, dass sie sich eine tiefer und weiter gehende Partizipation „der Bürger“ wünschen, dass sie sich nach Mechanismen sehnen, die sicherstellen, dass jede Entscheidung nach der Maßgabe des „Wohl(s) der gesamten Bevölkerung“¹¹⁰ getroffen werde. Es wird aber auch deutlich, dass die meisten Gesprächspartner sich nicht selbst in der Rolle der hauptsächlich Handelnden sehen.

Den Diskurs zu beeinflussen, die Themen zu setzen, mit denen die Politik sich auseinanderzusetzen hat, hier Schwerpunkte zu legen und nicht mundtot gemacht zu werden – dieses Gefühl verschafft ihnen Befriedigung. Wenn Parteien oder Politik ihr Anliegen aufgreifen, wenn sie ein Projekt mittragen, anschieben, o.ä. – dann haben Protestierende das Gefühl, dass sie konkrete Veränderungen mit ihrer Arbeit auf den Weg gebracht haben, dass sie gar die Politik vor sich her getrieben und zum Handeln gezwungen haben. Lothar C2 engagiert sich schon seit längerer Zeit im Hamburger „Recht auf Stadt“-Zusammenhang und schildert, wie die Diskussion um Stadtpolitik in den Jahren vor 2011 die Agenda des Bürgerschaftswahlkampfes beeinflusste. Im Gespräch ist ihm der Stolz darüber anzusehen, und im Ton seiner Stimme schwingt eine Zufriedenheit mit, die auch die Verschriftlichung noch erahnen lässt:

„...und ich muss sagen, wir haben wahnsinnige Erfolge in den letzten Jahren gehabt. Also, ich glaube, ich habe keine Bewegung bisher erlebt, die auf so große Resonanz gestoßen ist. Wir haben den Bürgerschaftswahlkampf 2011, (da) war plötzlich bezahlbarer Wohnraum das Thema. Die Parteien haben sich überboten darin, also die CDU hat von 4.000 Wohnungen gesprochen, die sie schaffen wollen. Die SPD von 6.000 und die Linkspartei hat sich nicht [...] entblödet, etwas anderes zu fordern, meinetwegen eine Höchstmiete oder sowas, sondern hat gesagt, wir wollen 8.000 Wohnungen schaffen. Die Hamburger haben für 6.000 gestimmt mehrheitlich und jetzt ist die Rede von davon, dass 6.000 Wohnungen pro Jahr geschaffen werden sollen und das ist auf jeden Fall eine Veränderung. Also es gibt ne total starke Veränderung im stadtpolitischen Diskurs. [...] das ist natürlich alles sehr un kreativ, weil es nicht darum geht, sozusagen eine andere Stadt zu gestalten, sondern eigentlich am liebsten zu so einer Stadt von vor vierzig, fünfzig Jahren zurückzu kehren, aber es ist zumindest besser als das, was wir davor hatten. Das ist schon ganz interessant, als [...] da wieder so Sachen aufgegriffen werden, wie auch Unternehmen [...], wenn sie irgendwas aufziehen, immer direkt sagen müssen, okay wir wollen auch sozialen

110 Olaf C1 in der Fokusgruppe C1.1 Stuttgart am 20.03.2012, 17 Uhr.

Wohnungsraum schaffen und so.[...] das ist dann natürlich auch die Arbeit, daran zu sitzen und aufzuklären, was es bedeutet.“¹¹¹

Denn einen Diskurs zu beeinflussen, ein Thema öffentlichkeitswirksam so zu äußern, dass es nicht beiseite gewischt werden kann, sondern behandelt werden muss, verleiht eine Aura der Macht. Man handelt gar nicht selber als Schaffender, man formuliert aber die Ziele mit und überwacht die Umsetzung. Dies entspricht auch dem Überlegenheitsgestus, der bisweilen aus den Äußerungen mancher Gesprächspartner scheint, wenn man nur dann, wenn es drängt und drückt, oder aber, wenn es Fehler zu korrigieren gibt, aktiv wird, sich ansonsten aber mit einer Aufsichtspflicht zufriedengibt. Die Protestierenden sehen sich in dieser Form auch als eine Art Aufsichtsrat der Demokratie. Zudem wird hier zur Begründung ein Postulat von Effektivität herangezogen, demzufolge eine engere Einbindung der besonders fähigen Bürger zu besseren, weniger fehlerbehafteten Entscheidungen führe. Volker G2 etwa, aus einer Gruppe von Gegnern der europäischen Währungsintegration, begründet dies mit dem hochtrabenden Rückgriff auf den griechischen Philosophen Perikles, mit dem er unterstreicht, dass Partizipation und Bürgerbeteiligung schon immer den Kern der Demokratie als besonders effektive Entscheidungsorganisation ausgemacht hätten:

„Dann nennt er die Partizipation. Und zwar nüchtern und nicht [...] [als] – weiß Gott was – Schönste und Beste [auf] der Welt, sondern um Fehler zu minimieren. Ganz einfach. Wir beraten – sagt er uns – so lange Jahre, bis eine Entscheidung dann getroffen ist, in der Hoffnung, dass sie dann die richtige sein wird, aber ohne die Garantie zu haben. Also Fehlerminimierung ist die Aufgabe der Partizipation, also der Volksherrschaft.“¹¹²

Die Politik wachsam zu beobachten und korrigierend eingreifen zu können, diese Wunschvorstellung findet sich in vielen Gesprächen wieder. Und an einigen Stellen wird die Position als Aufsichtsrat von Politik, Wirtschaft und Verwaltung zugespitzt auf eine Erweiterung der geläufigen Trias der Gewaltenteilung. Maria C1 beispielsweise hält für ihr Plädoyer im Gruppeninterview laute und ungeteilte Zustimmung unter den Anwesenden:

„Wunsch: Eine vierte Gewalt. Die Bürger. Also nicht nur drei Gewalten, sondern eine vierte, bitte!“¹¹³

111 Einzelinterview Lothar C2.

112 Volker G2 in der Fokusgruppe G2 Stuttgart am 02.04.2012.

113 Maria C1 in der Fokusgruppe C1.1 Stuttgart am 20.03.2012, 17 Uhr.

Eine Anknüpfungsmöglichkeit an die bisherigen Beobachtungen zum Engagement im Protest bietet sich an dieser Stelle auch deswegen, als dass ein Demokratieideal, in dem man selbst ein Korrektiv und nicht ein Handelnder ist, der Lebenssituation entspricht, in der sich viele Beteiligte befinden: Man engagiert sich für das Thema, welches einem persönlich besonders dringlich erscheint und zwar dann, wenn man Fehlentwicklungen als nicht mehr länger erträglich empfindet. Darüber hinaus aber, wenn kein unmittelbarer Handlungsbedarf gesehen wird, verringert man selbst oder die Gruppe die Intensität des Engagements bis hin zur (temporären) Einstellung. Eine bessere Demokratie mit den Bürgern als nicht zu übergehendem Aufsichtsrat entspricht jedenfalls der Rolle, in der sich viele der Protestbündnisse auch selbst sehen: als Verteidiger der originären Idee von Demokratie, die sie durch die ausführenden Politiker und Parteien gefährdet wännen. Als reaktive Demokratieaufsicht.

Es gibt allerdings auch Zusammenhänge, in denen ein weiteres Erzählmotiv einer besseren Demokratie und Gesellschaft zum Tragen kommt, welches über ein beobachtendes Kontrollieren hinausgeht. Gruppen, die sich dezidiert das produktive Schaffen einer besseren Gesellschaft im Kleinen auf die Fahnen schreiben, haben in den Gesprächen einen anderen Zugang zur Frage nach der idealen Demokratie. Denn sie haben bereits selbst auf kleinerer Ebene mit der Umsetzung derselben experimentiert, müssen also nicht im Wolkigen verbleiben, sondern können aus einem Erfahrungsfundus zur Sache schöpfen, der größer ist als bei vielen anderen Bündnissen und Initiativen. Auch muss ihnen die Frage nach Utopien und Visionen der Demokratie nicht wie ein Fallstrick vorkommen, da sie bereits einige mehr oder weniger weit reichende Versuchsschritte zum Thema vorzuweisen haben, mithin über eine Anknüpfung verfügen, die nicht luftleer zu wirken droht. Und während andere an dieser Stelle im besten Fall auf persönliche Wahrnehmungen und Diskussionen im Kreis der Protestierenden verweisen können, vermögen diese Gruppen von eigenen Erlebnissen, von Gelungenem und weniger Gelungenem konkret zu erzählen und Bilanz zu ziehen. Und sie können, was nicht wenig ihrer Motivation ausmacht, mit leuchtenden Augen von ihrem Stolz berichten, selbst aktiv zu sein, um im Kleinen, aber für alle sichtbar, die eigenen Werte und Ideen zu verwirklichen.

Dass man sich allerdings im Engagement nicht in der Negation erschöpfe, keine Exekutionsgruppe der Verweigerungshaltung sein möchte, unterstreichen sehr viele Gesprächspartner. Das konstruktiv-gestaltende Element gehört für viele zu einer Perspektive der Aneignung demokratischer Prozesse elementar dazu. Denn nur mit dem Nachweis eines „Mittuns“ gerät die Forderung nach einer bürgerlichen Kontrollinstanz nicht in den Verdacht eines Partikularismus, sondern lässt sich mit der Betonung des Allgemeinwohlinteresses verbinden.

Die Ebene, auf welche sich diese Anstrengungen richten, ist das Lokale, die (Klein-)Stadt, der Ort, in dem die Protagonisten der jeweiligen Gruppen leben. Dies ist bei manchen Themenkomplexen des Protests unmittelbar einleuchtend, etwa, wenn es um Bau- oder Infrastrukturprojekte geht, um die Schulentwicklung – welche sich ja in erster Linie vor Ort auswirkt – oder dezidiert um die Entwicklung des eigenen Stadtviertels. Dass hier Wünsche und Vorstellungen formuliert oder manchmal bereits umgesetzt werden, die sich auf die lokal sicht- und beeinflussbaren Größen beziehen, ist nachgerade selbstverständlich. Aber auch Gruppen, welche – wie etwa die Euro-Gegner – in erster Linie nationale oder gar supranationale Entwicklungen ins Zentrum ihrer Krisendiagnose stellen, zeigen in den Passagen zu den Demokratiehoffnungen, dass sie durchaus das konkrete, kommunale, erfahrbare Leben als einen Kern von Demokratie ausmachen. Das Ideal einer lokalen Autonomie, welches an diesen Stellen zum Vorschein kommt, passt auch perfekt zur Vorstellung von Bürgerprotest als Vorbild für eine gesellschaftliche Demokratie insgesamt – und es unterstreicht zudem deutlich die im Kapitel zur Krisenwahrnehmung gemachte Beobachtung einer Sehnsucht nach Übersichtlichkeit und - vor allem – Zuweisung von Verantwortung für gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Vor Ort, in meiner Stadt, so die Hoffnung, kann ich verstehen und überblicken, wie, warum und auf wessen Geheiß Dinge geschehen – und ich kann sie beeinflussen. Wenn Robert E. Park von der Stadt spricht als „der konsequenteste und insgesamt erfolgreichste Versuch des Menschen, die Welt, in der er lebt, nach seinen Vorstellungen umzugestalten“¹¹⁴, wird dies in den Gesprächen ganz plastisch und nicht ohne Stolz beschrieben.

Die Erfahrung der Gemeinsamkeit im Protest, im gemeinschaftlichen Verhandeln von Lösungen und Handlungsalternativen, wird als besonders wertvoll geschildert. Allein, wie diejenigen Protestierenden aus größeren Bündnissen ihre etablierten Mechanismen der Entscheidungsfindung schildern, zeigt, wie zufrieden sie mit den „erdenden“ Erfahrungen der gemeinsamen Konsensbildung sind:

„Wir waren dann auch in Christiania (*alt. Stadtviertelprojekt in Kopenhagen, Anm. F.B.*) und haben da dann zum Beispiel auch an einem Workshop oder an Podiumsdiskussionen teilgenommen, wo verschiedene Projekte ihre Probleme darstellen und sich ausgetauscht haben. Von Anfang an wurde sehr stark auch geguckt, was gibt es für Projekte in Europa und wie machen die das. Und dann sind viele auch mal hingefahren und haben mal geguckt. So, und [haben] viele Ideen mitgebracht. Aber wie gesagt, es hat sich auch von selbst so ne Art Struktur etabliert. Also vieles natürlich auch wie gesagt richtig entwickelt, wie die Genossenschaft und der Verein. Aber es bleibt dabei im Grunde genommen. Das

114 Park, Robert E.: On Social Control and Collective Behaviour, Chicago 1967, S. 3.

letzte Sagen hat der Platz und der Platz ist die VV (*Vollversammlung, Anm. F.B.*). Und anders kommen wir der Sache gerade nicht wirklich bei. Auch wenn viele Sachen dann eben vorgearbeitet werden. Also im Vereinsvorstand oder in der Genossenschaft oder in einzelnen AGs. Werden Sachen vorbereitet und dann eben der VV vorgestellt. Und dann geht's ein bisschen schneller. Also ist da ganz schön gut geworden, aber es ist immer noch, es wirkt immer noch viel ineffizienter, als es vielleicht in mancher Vorstellung sein könnte. Aber es muss ja auch praktikabel bleiben.“¹¹⁵

Demokratievorstellungen und die Erfahrung des Protests verbinden sich hier, da die Gruppenerlebnisse ihnen oft eine Zufriedenheit in der Gemeinschaft mitgegeben haben. Das gemeinsame Ziel, ein gemeinsames Handeln als Protestierende, das Gefühl, mit „Gleichen“ unterwegs zu sein, die eigene Umgebung im gemeinsamen Sinne zu gestalten – all dies sorgt für die Hoffnung, eine Art Geborgenheit in vertrauter Umgebung auch als Ausgangspunkt für eine erfüllende und gelingende Demokratie zu suchen.

Dass man sich gegen Pauschalisierungen und Regelungsvorstellungen zur Wehr setzt, die individuellen oder lokalen Besonderheiten nicht Rechnung tragen, unterstreicht darüber hinaus den selbstbewussten Anspruch auf Individualität, den die Interviewteilnehmer für sich erheben. Nur in Regelungen und Abstimmungen, welche auf kleinster Ebene stattfinden, könnten diese Anpassungen Aufnahme finden. Besonders Programme, die nationale Regelungen entwickeln, stoßen auf ein Misstrauen, das bereits im Abschnitt zur Gleichheit aufgegriffen worden ist.

„Das sind Entscheidungen, die muss man vor Ort treffen. Insofern ist ein Parteiprogramm, was man macht, wo man sowas festschreibt, das find ich ist auch nicht gut geeignet. Man muss einen gewissen Rahmen geben, zum Beispiel für Bildung, aber man muss sagen: Das muss vor Ort geregelt werden.“¹¹⁶

Viele der Gesprächsteilnehmer betonen aber auch, dass es ihnen schlicht viel mehr Spaß mache, sich um Probleme und Lösungen zu kümmern, die sie auch selbst betreffen – und dass sie davon ausgehen, dass ein Aufgreifen dieses Prinzips auch für eine Belebung demokratischer Prozesse hilfreich sei. Es sei viel leichter, sich für ein Engagement und eine Mitarbeit zu engagieren, wenn es um Themen gehe, die einem im persönlichen Umfeld näherstünden. Vor allem aber unterstreichen viele in den Diskussionen, dass sie für den skizzierten Wunsch nach einer ausgebauten Korrekturinstanz des Bürgers auf der lokalen oder kom-

115 Einzelinterview Frederik C1.

116 Anna G1 im Einzelinterview G1 Anna und Conrad.

munalen Ebene wesentlich mehr Spielraum und Übersicht erwarten. Die Verantwortlichkeit für politische Entwicklungen ebenso wie die Möglichkeiten, als Bürger einzugreifen, seien auf den unteren politischen Ebenen erheblich besser überschaubar, man kenne die Protagonisten besser, könne die Abläufe besser verstehen, überhaupt seien die Wege kürzer. Das Selbstbewusstsein der Protestierenden als arrivierte und anerkannte Bürger ihrer Stadt spielt sicherlich auch mit hinein, wenn sie die Aufsichtsmöglichkeiten über die Politik und Wirtschaft besonders für die lokale Ebene entwickeln. Udo G2 nimmt dabei Bezug auf die Stadt als Ort, an dem sich Demokratie als Prinzip überhaupt erst habe entwickeln können:

„Athen war eine Stadt, nicht Griechenland hat eine Demokratie gehabt, sondern Athen hat eine Demokratie gehabt. Und das ist ein kleiner abgegrenzter Raum, eine Stadt, und das ist sozusagen die Kommune und ähm, da können sozusagen die Bürger genau sehen, jetzt haben die Politiker das entschieden und das gefällt uns ganz und gar nicht und da werden die Leute halt [umgestürzt], sei es nun von heute auf morgen oder sei es bei der nächsten Wahl, und da wissen die Leute ganz genau: Der hat das verabschiedet, oder die Kaste von Politikern hat das verabschiedet...“¹¹⁷

Überhaupt sei Demokratie ganz grundsätzlich nur dann realisiert und gewährleistet, wenn Menschen über ihre näheren Lebensumstände mitentscheiden könnten – und auch das rückt wieder den Wohnort, die Arbeitsstelle, die Schule, Universität etc. und ein subsidiäres Verständnis von Entscheidungsautonomie ins Zentrum des Interesses:

„Ich finde, dass man von Demokratie nur dann sprechen kann, wenn die Leute da, wo sie Tag für Tag äh ihr Leben verbringen, auch direkt was entscheiden können. Und das können sie heute in keinem Betrieb. Da bestimmt der Chef. Diese 30.000 Leute, die sind diesem Typ von Anton Schlecker ausgeliefert, der jetzt entscheidet, dass sein Vermögen, ich meine, das hat er sowieso schon auf die Seite gebracht, aber die sind jetzt in die Arbeitslosigkeit irgendwie entlassen. [...] man kann an jedes Betriebstor eigentlich ein Schild hinhängen, hier verlassen sie den demokratischen Sektor, ist doch so. Und bei den Schulen genauso und bei den Unis auch so...“¹¹⁸

Demokratie gebe es, wenn überhaupt, allenfalls in Ansätzen auf lokaler Ebene – dank der Bürgerinitiativen und der Protestierer vor Ort. Auch, weil sich aufgrund größerer Überschaubarkeit und leichter aufrechtzuerhaltender Netzwerke die

117 Udo G2 in der Fokusgruppe G2 Stuttgart am 02.04.2012.

118 Verena C2 in der Fokusgruppe C2.2 Stuttgart am 20.03.2012, 20 Uhr.

Gegenwehr vielversprechender organisieren lasse, sei die Kommune, die Stadt oder das Viertel die Keimzelle für eine bessere Demokratie.

„Also, mal abgesehen davon, dass es einen verfassungsrechtlichen Rahmen gibt, der ja auch geprägt wurde durch politische Entwicklungen in dieser Republik, ist für mich die kommunale Ebene die erste Beteiligungsmöglichkeit, die gestärkt werden sollte. Denn, äh – ich habe selber auch schon ein Bürgerbegehren mitgewirkt und weiß, wie schwierig es ist, zunächst mal diese Hürde zu überspringen. Das setzt voraus, dass es eine Handvoll Leute gibt, [...] die sagt: „Wir opfern unsere Zeit“. Und in sechs Wochen die entsprechenden Unterschriften zusammenzubringen, ist eine Heidenarbeit.“¹¹⁹

Diese Elogen auf das örtliche Zusammenleben, die Gemeinschaft, in der man zudem eher Vertrauen und Gleichgesinnte finde, können allerdings mitunter darüber hinwegtäuschen, was an manchen Stellen noch hinter der Forderung nach lokaler Autonomie oder Subsidiarität hervorblitzt. Denn die begriffliche Füllung von Subsidiarität wird oft an den eigenen Protest angelehnt. Übersetzt meinen dann viele, Ziel müsse es sein, dass „nur wir entscheiden, was hier passiert“. Entsprechend etwa führt Rüdiger C1, engagiert im Zusammenhang der Initiativen gegen den Bahnhofsbau in Stuttgart, aus, wie sehr ihn die landesweite Ansetzung des Bürgerentscheids zum Projekt enttäuscht habe, da viele abstimmen konnten, die gar nicht in erster Linie davon betroffen seien:

„Also, Stuttgart ist in vielerlei Hinsicht ein Lehrbeispiel, ja?! Der unheilbare Mangel besteht für mich darin, es gibt Artikel 28 Grundgesetz – Subsidiaritätsprinzip, nur die Bürger einer Kommune haben darüber zu befinden, was in ihrer Kommune geschieht. Und ich habe den Eindruck, wir treten auf eine Bremse und die Bremse funktioniert nicht.“¹²⁰

Die Formulierung und das Hüten des Allgemeinwohls, wie weiter oben unterstrichen, werden von den Protestierenden als ihr Hoheitsgebiet angesehen – und wirkliche Demokratie ist dann vorhanden, wenn sie die entsprechende Zielsetzung und Umsetzung überwachen.

119 Rüdiger C1 in der Fokusgruppe C1.1 Stuttgart am 20.03.2012, 17 Uhr.

120 Ebenda.

5.3 ZWISCHENFAZIT V: DEMOKRATIE UND KRISE

Eine zunehmende Unübersichtlichkeit wird von den Gesprächsteilnehmern als eine der gefährlichsten Entwicklungen in Politik und Gesellschaft wahrgenommen. Dass Verantwortlichkeiten, damit Ansprechpartner, aber ganz generell Entscheidungswege nicht mehr einsehbar und im demokratischen Sinne beeinflussbar sind, erscheint ihnen ausgemacht und als eine außerordentlich düstere Perspektive. Einhergehend damit wird eine drohende Fremdbestimmtheit in einem Wertekorsett gefürchtet, welches nicht das ihre ist. Diese dunklen Untertöne und Befürchtungen werden allerdings insofern nicht zu einer persönlichen Sorge um die eigene Zukunft, da sie begleitet werden vom Glauben, innerhalb der Gesellschaft zu den „Starken“ zu gehören, die für sich selbst durchaus sorgen können. Vielmehr ist das Ergebnis eine Empörung, dass andere – sprich: Politiker, Parteien, Konzerne und Wirtschaftseliten – sich gesellschaftliche Ressourcen aneignen. Es ist ein Lamento der Starken.

Die eigenen Gruppen allerdings, diese Form des Engagements in Protestgruppen und Initiativen, gelten ihnen im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie als mögliche Kerne „wahrer“ Demokratie. Hier stellt sich oftmals nicht das Problem allzu großer Heterogenität, welche dann mühsam und unter schmerzhaften Kompromissen zu einem Konsens geschmiedet werden muss. Denn in ihren Gruppen treffen die Protestierenden, im Gegensatz zur Mitgliedschaft in politischen Parteien, auf Gleichgesinnte, bei denen sie davon ausgehen, dass ohne übergroßen Aufwand oder Schwierigkeiten eine Übereinkunft in entscheidenden Fragen herzustellen sei. Für die Gruppen als Diskurskoalitionen ist die anfangs für notwendig beschriebene „beständige Reartikulation der Formation-Formierung“¹²¹, die stete Rückversicherung und Beweisführung der eigenen Gesellschaftsdeutung, auf diese Weise weniger anstrengend und aufwändig.

Viele Erfahrungen aus diesem Engagement übertragen sie auf die ihnen vorstellbaren Rezepte für eine Überwindung der Krise von Demokratie, welche sie ja auch mit ihrem Protest selbst diagnostizieren oder zum Ausdruck bringen. Zu Beginn steht dabei eine Unterteilung in diejenigen, denen sie die Formulierung des Allgemeinwohls oder ein Äquivalent zugestehen, und jene, denen sie ganz grundsätzlich die Fähigkeit dazu aberkennen. „Den Bürgern“, als deren Fürsprecher und selbstbewusste Speerspitze sich viele Protestierende selbst sehen, wird diese Möglichkeit zuerkannt – die Institutionen der repräsentativen Parteiendemokratie und ihre Protagonisten samt der Verwaltungsbürokratie gelten ihnen hingegen nicht als legitime Definitionsmächte des gesellschaftlichen Allge-

121 Nonhoff: Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 188.

meinwohls. Denn Legitimität in einer Demokratie, verstanden als Struktur oder Ressource, die Einfluss und Gehör garantiere, sei und sollte aus Quellen gespeist werden, die samt und sonders der etablierten Politik fernlägen: Den Gesprächsteilnehmern gelten „Bürgernähe“, „Betroffenenbeteiligung“, „Zukunftsorientierung“ und das „Unparteiische“ als Legitimität stiftende Orientierungen – die allerdings nicht in einem formalisierten Verfahren zu erreichen seien, sondern sich stets qualitativ aus einem Vorhaben erkennen ließen. Demokratie schafft sich in dieser Perspektive Autorität und Legitimität nur dann, wenn sie auf Ressourcen zurückgreift, die sie nicht selbst herstellen kann und derer sie sich aus anderen Quellen bedienen muss. Nur etwa, wenn die „richtigen“ Menschen beteiligt werden, wenn fachliche oder gesellschaftliche Autorität mit eingebracht wird, scheint den Protestierenden eine bessere Demokratie möglich.

Dass eine Ausweitung direkter demokratischer Verfahren den Protestierenden generell wünschenswert erscheint, kann nicht aus den Gesprächen herausgelesen werden. Zwar ist der Wert der Gleichheit den Gesprächsteilnehmern durchaus zentral. Er wird allerdings recht instrumentell interpretiert: Gleichheit ist dann zu fordern, wenn man sich selbst benachteiligt wähnt. Gleichheit aber im Sinne einer formalisierten Gleichbehandlung oder –beteiligung aller erscheint ihnen weder sinnvoll noch erstrebenswert, sondern im Gegenteil Ausweis einer überbordend bürokratischen Kontrollhaltung.

Wenn man den Blick auf den Wert von Bildung und Aufklärung für eine Demokratie richtet, welche die Gesprächsteilnehmer erkennen lassen, dann zeigen sich starke Verbindungslinien zur biographisch erzählten Protestmotivation. Denn Bildung und Erweckungsgefühle sind ihnen nicht nur Begründungen, weshalb sie selbst zum Engagement gefunden haben, sondern auch mögliche Rettungsanker für bessere demokratische Entscheidungen. Wenn also mehr und besser Gebildete an Entscheidungen beteiligt würden, wären die Ergebnisse besser und effizienter. Dass Bildung und Bewusstsein den Weg zu einer besseren Gesellschaft bahnt, ist allerdings kein Novum der Protestbewegungen der vergangenen Jahre. Bereits in den Anfängen der sozialistischen Arbeiterbewegungen seit dem beginnenden 19. Jahrhundert über die Lebensreform- und bündischen Jugendbewegungen des frühen 20. Jahrhunderts bis hin zu den Studentenbewegungen der 1960er Jahre galt, dass die richtige Bildung und Aufklärung zum „besseren“ Menschen und zur „besseren“ Gesellschaft führe.¹²² In den Gesprächen mit den Protestierenden wird allerdings vielerorts unterstrichen, wie sehr sich demokratische Verfahren am Ist-Zustand orientieren sollten, und wie sehr

122 Vgl. exemplarisch zur Arbeiterbewegung: Walter, Franz: Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel, Wiesbaden 2010, S. 66 – 91.

Bildung und Aufklärung nicht zu einer idealistischen, „besseren“ Gesellschaft, sondern zu reibungsärmeren und effizienteren Entscheidungen führen soll. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Visionen und Utopien an die Wände der Gesprächsorte zu zeichnen, gehört bei den meisten der Gesprächspartner nicht zum Selbstbild, welches man gewahrt sehen möchte.

Effizienz hingegen als erstrebenswertes Ziel unterstreicht noch einmal die eingangs des Kapitels gemachte Beobachtung von der ambivalenten Konnotation ökonomischer Effizienz, welche sich in den Gesprächen herauslesen lässt. Auf der einen Seite verteufeln die Interviewten (ökonomische) Effizienz als einen Wert, der ihr ganzes Leben mit seinen Prinzipien unterjochte. Auf der anderen Seite haben sie Effizienz als anzustrebenden Wert selbst für ein demokratisches Gemeinwesen so weit verinnerlicht, dass sie ihre Forderungen nach einer Verbesserung von Entscheidungsprozessen damit begründen. Die Forderung nach größerer lokaler Autonomie, welche ihnen als bessere Demokratie vorschwebt und die zu den Forderungen gehört, welche über alle Gruppen hinweg am lautesten geäußert werden, beinhaltet den Gedanken, dass man vor Ort besser wisse, was benötigt werde und schneller und genauer entscheiden könne. Selbst der Schutzraum der persönlichen Gemeinschaft, den man von den Wettern der Globalisierung abschirmen möchte, so kann man dies deuten, unterliegt letztlich dem Gebot, so effizient wie möglich zu entscheiden.

Am Ende bleibt das Resümee der Krisen- und Demokratiebetrachtungen – wie zu erwarten – von Paradoxien und Widersprüchlichkeiten durchsetzt: Wie sollen auch so viele politisch ganz unterschiedlich verortete Menschen, die sich für ganz unterschiedliche Ziele und auf unterschiedlichen Ebenen verortete Angelegenheiten engagieren, zu kohärenten Ideen und Schlüssen zusammenfinden? Einige Parallelen lassen sich aber doch auch in den Widersprüchlichkeiten erkennen: Als Verteidiger grundlegender demokratischer Prinzipien sehen sich alle. Und auch die Gegenseite ist klar: Es sind die übermächtig und asymmetrisch organisierten Profitinteressen von Politik, Parteien und Wirtschaft, gegen welche die postulierten Grundwerte verteidigt werden müssen. In diesem Sinne müssen die Protestbewegungen auf der einen Seite als radikaldemokratisch verstanden werden.

Auf der anderen Seite aber betonen sehr viele für sich, die Autorität eines Herrschaftssystems aus anderen Quellen gespeist zu sehen – was, wie betont, Hannah Arendt als Charakteristikum einer autoritären – allerdings nicht totalitären! – Herrschaftsform ausmacht. Und auch andere Facetten deuten auf diese Sehnsucht nach einer Autorität in Politik und Gesellschaft hin, welche eben nicht radikaldemokratische, sondern im Gegenteil personifizierte, fachliche und (vermeintlich) Klarheit schaffende Züge trägt.

Aus dem eingangs des Abschnitts zu Autorität und Legitimität bemühten Postulat zur tiefgehenden Beurteilung von Wurzeln und Quellen der Legitimitätsstiftung und der daraus folgenden Fragerichtung „kann es auf zwei Weisen zu einer Abnahme empirischer Legitimität kommen – einerseits durch den Wandel der gesellschaftlich geteilten normativen Maßstäbe, andererseits durch eine Veränderung von Struktur und/oder Performanz der politischen Institutionen.“¹²³ Eine „Demokratizität der Herrschaft“¹²⁴ unterstreichen dabei alle Gesprächsteilnehmer als zentral. An vielen Stellen allerdings deuten die Äußerungen zur Demokratie auf ein Aufweichen oder eine Verschiebung dieser Vorstellung hin. Wenn Legitimität nachholend verstanden wird als eine Ergebnislegitimität von Entscheidungen, so ist dies für demokratische Verfahren mit enormen Einschränkungen verbunden, weil es die Offenheit von Verhandlungsverfahren von vornherein beschneidet. Auch ist die Tatsache, dass im Sinne von Beteiligungsausweitungen Vermittlungs- und Aushandlungsverfahren zwar gesteigert gefordert, aber gleichzeitig vielerorts als Verrat an sachlichen Konstellationslogiken empfunden werden, eine große Hürde für die Organisation gesellschaftlicher Konsensfindung. Das Verlangen nach persönlicher, außerpolitischer Autorität von Entscheidern und nach einer besseren Übersichtlichkeit unterstreicht dieses Unbehagen.

Die Politikwissenschaftlerin Pippa Norris hat über diese Lücke zwischen der Bestätigung demokratischer Grundprinzipien und einer zunehmenden Unzufriedenheit mit der zeitgenössischen Demokratie und ihren Institutionen von einem empirischen Demokratiedefizit gesprochen.¹²⁵ Mögliche Ursachen seien dabei gestiegene Ansprüche der Bürger selbst, eine allzu negative mediale Berichterstattung und in der Folge sinkendes Ansehen der Institutionen oder aber eine (empirische oder wahrgenommene) negative Bilanz des Handelns der Institutionen selbst. Das Ziel der hier vorliegenden Arbeit kann es nicht sein, ein Urteil darüber zu fällen, ob die demokratischen Institutionen der Kommunen, Länder, der Bundesrepublik oder Europas ein – politikwissenschaftlich gesprochen – kritisches Performanzdefizit aufweisen. Dies mag an vielen Stellen durchaus zutreffen und wird, wie im Abschnitt zur Krisenwahrnehmung deutlich herausgestellt, von den Protestierenden heftig beklagt. Es gibt allerdings *auch* eine sehr selbstbewusst vorgetragene Haltung der Protestierenden, welche auf eine Veränderung der Ansprüche und Konsensfähigkeiten hindeutet. Wenn also ein Ergebnis der Betrachtungen zu den Demokratievorstellungen ist, dass in der Hauptsache die selbst definierten Ideen als Äquivalent für ein Allgemeinwohl verstanden werden

123 Patberg: Zwei Modelle empirischer Legitimitätsforschung, hier S. 168.

124 Ebenda.

125 Vgl. Norris, Pippa: *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*, New York 2011.

sollen, dann drängt sich der Eindruck auf, dass sich die normativen Erwartungen der im Protest engagierten Bürger von den gedanklichen Fundamenten und Voraussetzungen einer repräsentativen Parteiendemokratie wegentwickeln.

